

Abstieg, Angst und AfD

Stand: 19.08.2023 | Lesedauer: 16 Minuten



Von **Mathias Döpfner**
Vorstandsvorsitzender der Axel Springer SE

1048



Mathias Döpfner ist Vorstandsvorsitzender der Axel Springer SE, in der auch WELT erscheint

Quelle: Max Threlfall

Deutschland steigt ab, wirtschaftlich und auch sonst. Doch statt sich mehr anzustrengen, werden Probleme verharmlost, von Migration bis Energie – kein Wunder, dass die AfD Zulauf hat. Wenn sich das ändern soll, müssen nicht nur die Politiker besser werden. Sondern auch wir Journalisten.

Deutschland gewinnt nicht mehr. Überall Abstiegsangst. Nicht nur im Fußball. Aber da auch. Und das ist in der Geschichte der Bundesrepublik von besonders symbolischer Bedeutung. Mit großen Fußballerfolgen verbinden sich in Deutschland oft historische (Konjunktur-)Zäsuren.

Mit dem WM-Sieg 1954 nahm das Wirtschaftswunder seinen Lauf. Mit dem WM-Sieg 1990 begann der Aufschwung zur deutschen Einheit. Und mit dem Sommermärchen 2006, der WM im eigenen Land, kündeten überall flatternde schwarz-rot-goldene Wimpel von einem neuen fröhlich-lässigen Patriotismus.

Die letzten Monate stehen dagegen für Blamage und Misserfolg. Erst die Männer bei der WM in Katar. Dann beim schmerzlich frühen Ausscheiden der einst so erfolgreichen deutschen Frauen-Mannschaft in Australien und Neuseeland. Und sogar der Erfolgsgarant Bayern München ist beim Rasenschach aus dem Tritt geraten.

LESEN SIE AUCH



WELT+ BORIS PALMER

Autokrise, Freibadrandale, Bildungsmisere – Deutschland hat den Zenit überschritten

Woran das liegt, mögen Fußball-Kenner beurteilen (wozu ich eindeutig nicht zähle). Aber selbst mir fällt auf, dass zumindest der Deutsche Fußball-Bund (DFB) offenbar den Schuss nicht gehört hat.

In einem „Leitfaden“ zur „Pilotierung neuer Spielformen im Kinderfußball“ dekretiert der DFB gleich am Anfang: „In Vereinen und Verbänden arbeiten

Anzeige

Owl Labs Expansion Mic für Meeting Owl ...
★★★★★ 49
€275.00 inkl. MwSt.
prime Jetzt kaufen

Jugendleiter, Trainer und zahlreiche Helfer am gemeinsamen Ziel, Kindern und Jugendlichen Spaß am Fußballspielen zu vermitteln. Zugleich sollen sie die beste Möglichkeit haben, ihre individuellen Fähigkeiten auf spielerische Weise weiterzuentwickeln. ... Um keinen unnötigen Leistungsdruck aufzubauen, wird in den jungen Altersklassen keine Meisterschaftsrunde gespielt.“

Was das mit Politik und der Gesamtmisere des Landes zu tun hat? Nichts in der Sache. Und doch sehr viel. Denn es trifft den Kern des Problems auf hochsymptomatische Weise. Performance und Leistungsabfall kontert man in Deutschland nicht mit mehr Anstrengung, sondern mit weniger.

Statt intensiverem Training und härterem Wettbewerb bei der Talentrekultierung setzt man auf „spielerische“ Elemente und die Vermeidung von „Leistungsdruck“. Es erinnert an die antiautoritären Kindergärten der Sechzigerjahre und das verzweifelte Kind, das seine Kindergärtnerin fragt: „Müssen wir heute schon wieder spielen, was wir wollen?“ Kuschelkurs statt Klartext.

Es ist – wie es Wolfgang Reitzle neulich genannt hat – die „Illusion vom anstrengungslosen Wohlstand“. Siegen durch weniger Wettbewerb. Erfolg durch weniger Arbeiten – das wird im Sport nicht klappen. Und im Staat auch nicht. Nur im Sport sieht man es schneller. Und im Staat wirkt es schlimmer.

LESEN SIE AUCH



WELT+

WOLFGANG REITZLE

Die Illusion vom anstrengungslosen Wohlstand

Aufsteiger des Jahres ist die AfD. Im Durchschnitt der Meinungsumfragen liegt sie auf Bundesebene bei rund 20 Prozent stabil zwei bis vier Prozentpunkte vor der SPD und der Union dicht auf den Fersen. In einigen Bundesländern ist die AfD bereits stärkste Kraft, in Thüringen etwa mit 34 Prozent mehr als dreimal so groß wie die SPD. In einigen Landkreisen wählen rund die Hälfte der Wahlberechtigten die AfD.

Im Juni zeigte eine Forsa-Umfrage, dass die AfD im Osten Deutschlands derzeit die stärkste Kraft wäre. In diesem Jahr sind Wahlen in Bayern und Hessen, im kommenden Jahr in Thüringen, Sachsen und Brandenburg. Dazu Europawahlen.

Der rapide Aufstieg der AfD ist keine Überraschung. Er kündigte sich an, war absehbar und ist vor allem die Folge einer zunehmenden Entfremdung weiter Teile der Bevölkerung von ihren politischen und medialen Eliten.

Es begann mit der Europapolitik, beschleunigte sich mit der Flüchtlingskrise seit 2015, steigerte sich während des Pandemiemanagements und eskalierte durch immer autoritärere Züge der Woke-Bewegung und der Klimapolitik.

Das Ansehen des Staates nimmt Schaden

Erst vor wenigen Tagen offenbarte eine Umfrage des Deutschen Beamtenbundes, dass das Vertrauen der Menschen in Deutschland in die Handlungsfähigkeit ihres Staates auf einen Tiefstand gesunken ist. 69 Prozent sehen den Staat derzeit als überfordert an – drei Prozentpunkte mehr als im vergangenen Jahr und knappe 20 Prozentpunkte mehr als im Pandemiejahr 2021. Besonders schlecht ist das Ansehen des Staates laut Umfrage in Ostdeutschland.

Immer mehr Menschen – bis weit in das sogenannte bürgerliche Lager hinein und aus der gesellschaftlichen Mitte heraus – haben inzwischen das Gefühl: Jetzt reicht's. Und dieses Gefühl kanalisiert derzeit keine Partei so geschickt zu ihrem

eigenen Vorteil wie die AfD.

Das Problem ist nur: Die AfD ist keine normale demokratische Partei. So, wie China keine demokratische Volkswirtschaft ist und Putin kein demokratischer Staatslenker.

Fünf Landesverbände der AfD werden derzeit von den Verfassungsschutzbehörden der jeweiligen Bundesländer als „Verdachtsfälle“ eingestuft: Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen, Niedersachsen und Baden-Württemberg. Gleiches gilt auch für die Einstufung des Bundesamts für die Gesamtpartei AfD. Der thüringische Landesverband wird außerdem vom dortigen Verfassungsschutz als „erwiesen rechtsextremistisch“ eingestuft. Thomas Haldenwang, Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV), sagte in der ARD, er sehe in den Positionen der Partei ein „ethnisches Volksverständnis“, aus dem heraus der „Große Austausch“ beschworen werde, das seien Anhaltspunkte dafür, dass die – eben nicht eng ethnisch definierte – Menschenwürdegarantie des Grundgesetzes für bestimmte Bevölkerungsgruppen infrage gestellt werde.

LESEN SIE AUCH



WELT+

ABRECHNUNG MIT DER AfD

„Wer sich wehrt, wird mit Diffamierungen und Verungflimpfungen bekämpft“

Sorgen um die Verfassungsfundierung der Partei und einiger ihrer prominentesten Vertreter kommen nicht von ungefähr. Der damalige AfD-Vorsitzende Alexander Gauland sagte am 2. Juni 2018 in einer Rede auf dem Bundeskongress der AfD-Nachwuchsorganisation Junge Alternative: „Hitler und die Nationalsozialisten sind nur ein Vogelschiss in 1000 Jahren erfolgreicher deutscher Geschichte.“

Bereits im Jahr zuvor hatte Gauland bei einer Wahlkampfveranstaltung im thüringischen Eichsfeld gesagt, man werde die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Aydan Özoğuz, „dann auch, Gott sei Dank, in Anatolien entsorgen können“. Petr Bystron, seit 2017 Bundestagsabgeordneter der AfD, legte nach: „Freund Dr. Gauland“ habe „100-prozentig recht – solche Menschen müssen wir selbstverständlich entsorgen“.

Björn Höcke, Fraktionsvorsitzender der AfD Thüringen, sagte am 17. Januar 2017 über das Holocaust-Mahnmal in Berlin: „Wir Deutschen – und ich rede jetzt nicht von euch Patrioten, die sich hier heute versammelt haben –, wir Deutschen, also unser Volk, sind das einzige Volk der Welt, das sich ein Denkmal der Schande in das Herz seiner Hauptstadt gepflanzt hat.“

„Kopftuchmädchen“, „Messermänner“, „Umvolkung“

Anzeige

Am 13. Juli 2019 sagte Höcke bei einer Wahlkampfrede in Cottbus: „Die sogenannte Einwanderungspolitik, die nichts anderes ist als eine von oben verordnete multikulturelle Revolution, die nichts anderes ist als die Abschaffung des deutschen Volkes.“ Und in einem Interview mit dem amerikanischen „Wall Street Journal“ sagte Höcke 2017: „Das große Problem ist, dass man Hitler als absolut böse darstellt.“

Parteichefin Alice Weidel bediente sich 2018 bei einer Rede im Bundestag Begriffen wie „Kopftuchmädchen“ und „Messermännern“. Ihr Co-Vorsitzender Tino

Chrupalla spricht von „Umvoikung“.

Die kleine Auswahl an öffentlichen Äußerungen zeigt, dass es sich bei diesen Formulierungen nicht um Ausrutscher oder Einzelfälle handelt, sondern um ein systemisches Element der AfD.

Eine Untersuchung des American Jewish Committee (AJC) kam im Dezember 2021 zu dem Schluss, dass Antisemitismus zum „programmatischen Kern“ der AfD gehört. Die „vorgebliche Solidarität“ mit der jüdischen Gemeinde und Israel diene der Partei lediglich als Vehikel für ihre „rassistische und migrationsfeindliche Propaganda“, sagte der Direktor des AJC Berlin, Remko Leemhuis.

Die AfD wird von vielen zwar als Protestpartei gewählt, vor allem aber ist sie eine Ressentiment- und Angstpartei. Kerningredienzien ihrer Kampagnenmixtur sind Wut, Hetze und Neid.

LESEN SIE AUCH



WELT+

VERFASSUNGSSCHUTZ-CHEF

„Großer Austausch“-Thesen – Was wirklich hinter Haldenwangs AfD-Warnung steckt

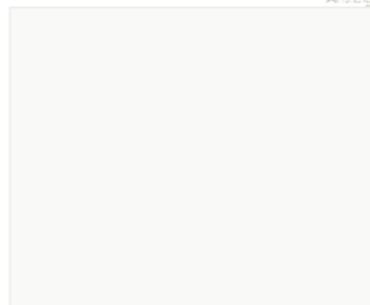
Grundiert mit Verschwörungsgeraune geht es gern pauschal gegen „die da oben“, die Ausländer, die Muslime, die Schwulen, die Juden oder einfach die anderen. Die Partei stellt immer wieder implizit (und manchmal explizit) den „gesunden Menschenverstand“ über den Rechtsstaat. Und dabei sich selbst über das Recht. In der unverhohlenen Verteidigung und Bewunderung von Wladimir Putin (die auch durch genozidale Kriegsverbrechen nicht irritiert wird) entlädt sich die Bewunderung des autokratischen Anführers.

Man muss es klar aussprechen: Ein ungebremster Aufstieg der AfD hat das Potenzial, Demokratie und Rechtsstaat in Deutschland erst zu unterminieren und schließlich zu zerstören.

Wie aber geht man mit einer solchen Partei um, die stärker ist als die meisten alten und neuen Volksparteien? Sie verbieten? Schwierig, aber möglicherweise die Ultima Ratio, wenn die Partei sich weiter radikalisiert. Derzeit ist es keine Option. Sich mit ihr verbünden? Noch schwieriger. Dass die AfD eine demokratisch gewählte Partei ist und deshalb genauso wie alle anderen behandelt werden müsste, ist kein hinreichendes Argument. Demokratisch gewählt waren die Nationalsozialisten und Adolf Hitler bei der Machtübernahme 1933 auch.

Was bleibt also? Dämonisieren? Das stilisiert die Partei der Zornigen zum Märtyrer. Sie einfach regieren und sich dabei entzaubern lassen? Kann auch schiefgehen. Neuerdings hört man im politischen Berlin immer häufiger die Sorge, insbesondere innerhalb der CDU, dass die AfD in einigen Bundesländern an die Macht kommen und dann auch noch erfolgreich regieren könnte. Eine Sorge, die einer gewissen Tragikomik nicht entbehrt.

Anzeige



Es bleibt nur eine Möglichkeit

In ihrer Verzweiflung einigen sich viele Politiker und Journalisten dann gern auf folgende Formel: Man müsse die AfD „stellen“, also mit kritischen Argumenten entlarven. Klingt schön. Aber das versucht man nun seit einem Jahrzehnt. Mit begrenztem Erfolg.

Deshalb bleibt am Ende vielleicht nur die Möglichkeit, einmal das zu probieren, was weder die AfD noch viele Politiker der etablierten Parteien tun: die wichtigsten Sorgen und Themen der Wähler wirklich ernst zu nehmen und überzeugende Antworten und sinnvolle Lösungen zu finden.

Es sind klar identifizierbare Angstthemen, die dazu geführt haben, dass die AfD so groß geworden ist, wie sie heute ist. Und so manipulativ illegitim es ist, Ängste zu schüren, so menschlich legitim ist es, Ängste zu haben. Es sind vor allem drei.

Bei einer Umfrage von Infratest Dimap wurde gefragt: „Welche Themen sind Ihnen bei der Entscheidung, aktuell die AfD zu wählen, am wichtigsten?“ 65 Prozent sagten „Zuwanderung“. 47 Prozent nannten „Energiepolitik“, und 43 Prozent wählten „Wirtschaft“ – was man als Angst vor mangelndem wirtschaftlichem Erfolg des Landes, also auch vor eigener Verarmung, also als persönliche Abstiegsangst deuten muss. (Nur zehn Prozent nannten übrigens als Thema die „Gleichstellung von Mann und Frau“ und die damit verbundenen Gender-Themen.) Bei allen diesen drei Themenfeldern sind die Angebote der älteren Parteien von Hasenfüßigkeit und Unaufrichtigkeit geprägt.

Beim Thema Migration ist das besonders auffällig.

LESEN SIE AUCH



WELT+

BESUCH AUS DÄNEMARK

Härte gegen Migranten, mehr Sozialausgaben für Bürger – Sozialdemokratie à la Dänemark

Warum schafft es eine glaubwürdige Politik der Mitte nicht, ein paar einfache und offenkundige Wahrheiten auszusprechen? Deutschland ist ein Einwanderungsland und muss ein Einwanderungsland bleiben, wenn es wirtschaftlich erfolgreich sein will. 2022 zogen 2,67 Millionen Menschen nach Deutschland, während 1,2 Millionen wegzogen. Die Nettozuwanderung erreichte einen Rekordwert.

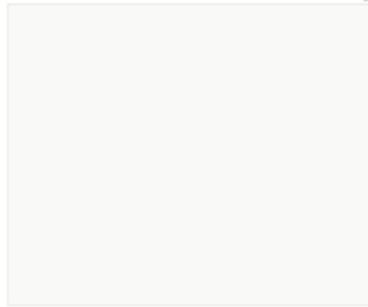
Aber eine moderne Einwanderungspolitik braucht auch Grenzen im wörtlichen und übertragenen Sinne. Und die richtigen Anreize und Kriterien.

Schutzbedürftige aus Kriegs- und Krisengebieten sollten bevorzugt aufgenommen werden. Darüber hinaus können wir nur die Migranten aufnehmen, die wir brauchen, weil sie etwas können oder mitbringen, was wir wollen, weil es uns nützt. Ökonomen bezifferten den Bedarf an Fachkräften aus dem Ausland zuletzt auf 1,0 bis 1,5 Millionen Menschen pro Jahr. Wir benötigen Einwanderung der Exzellenz und der Fachkräfte. Nicht von Zuwanderern, die (aus persönlich sehr nachvollziehbaren Gründen) in unsere vergleichsweise hochattraktiven Sozialsysteme einwandern. Weil diese Systeme sonst kollabieren. Und Rassismus die Folge ist.

Altruismus und Egoismus

Moderne Migrationspolitik braucht eine gesunde Balance aus Altruismus und Egoismus. Daraus folgt, dass die Anreize durch Sozialleistungen für Einwanderer kritisch zu überdenken sind. (Was wiederum dazu führen würde, dass jeder Einwanderer sofort arbeiten dürfte, müsste und auch wirklich würde.) Hinzu kommen Selbstverständlichkeiten aus Ländern mit erfolgreicher Integrationsgeschichte: Erlernen der Landessprache, Respektieren der Verfassung und der Gesetze – wer das nicht tut, muss wieder gehen. Und zwar wirklich und schnell.

Die derzeitige Einwanderungspolitik Deutschlands ist verlogen und dysfunktional. Das wissen die meisten Politiker und Journalisten und Fachleute auch. Sie sagen es nur selten laut. Und das – und eben nicht das Aussprechen der Probleme – stärkt die Demokratieverächter von ganz links und ganz rechts. Das Tabuisieren von Problemen macht die Probleme nicht kleiner, sondern die Demagogen stärker.



Genauso verlogen geht es bei der Energiepolitik zu. Jeder weiß, dass mit Wind und Sonne allein der Energiebedarf kurzfristig nicht zu decken ist. Wer es wissen will, weiß, dass eine zeitnahe Dekarbonisierung ohne Atomkraft nicht realistisch ist. Dass durch den deutschen Sonderweg des Atomausstiegs Atomkraft nicht sicherer, sondern unsicherer wird (weil unsere Nachbarn niedrigere Standards haben). Dass Heizpumpen und gestrichene Ferienflüge die globalen CO₂-Probleme nicht lösen, die deutsche Wirtschaft aber schwächen – weil beispielsweise zwar etwa nur knapp über zwei Prozent des globalen CO₂-Ausstoßes aus dem Flugverkehr resultieren, aber knapp ein Drittel aus China stammt, wovon immer mehr aus Kohlekraftwerken kommt (von denen China mehr als viermal so viele hat wie die USA).

Der Bürger merkt den Unsinn – und ist verstimmt. Oder wütend. Und wählt gegebenenfalls AfD.

LESEN SIE AUCH



WELT+ ENDE DER VOLKSPARTEIEN

Wenn mehr und mehr Menschen Politik für ein Feld geistig Reduzierter halten

Das alles führt in Summe zum dritten und letzten großen Unmutsstifter. Die EU und vor allem Deutschland haben ihr Wohlstands- und Wachstumsversprechen gebrochen. Immer weniger junge Menschen sehen ihre Zukunft in Deutschland. Immer mehr Leistungsträger und Unternehmen verlassen das Land. Während immer mehr mittellose Einwanderer das durchschnittliche Bruttonettoprodukt pro Kopf verkleinern. Das heißt: Das Gefühl vieler Menschen ist richtig – sie werden nicht wohlhabender, sondern ärmer.

Eine Politik, die keine überzeugenden Antworten auf diese drei sehr archaischen und sehr verständlichen Grundfragen und Sorgen findet, lebt gefährlich. Sie entkoppelt sich von ihren Wählern und ebnet den Weg für Populisten mit einfachen Feindbildern und noch einfacheren Lösungen – die nichts lösen.

Das Dilemma wird verschärft dadurch, dass in der Auseinandersetzung viele nach dem Motto agieren: Wenn die AfD oder eine andere Partei des jeweils anderen politischen Lagers dies oder jenes sagt oder fordert, kann es schon aus Prinzip nur falsch sein. Der politische Gegner muss also automatisch das Gegenteil sagen oder fordern.

Das ist eine fatale Falle: Denn das Richtige wird nicht falsch, nur weil der Falsche es fordert. Das gilt für Linke wie Brasiliens Luiz Inácio Lula da Silva oder den Griechen Alexis Tsipras genauso wie für Rechte wie Ex-US-Präsident Donald Trump oder Ungarns Viktor Orbán. Besser wäre es, Sachpositionen und Lösungen unabhängig von parteipolitischer Ideologiegeografie zu entwickeln.

Manchmal stimmt eben beides

Ein Blick auf Kriminalitätsstatistiken offenbart den Kern des Problems. Die Rechten konzentrieren sich auf die Zunahme von Straftaten durch Zuwanderer. Die Linken

sagen, dass Zuwanderer oft in die Kriminalität gedrängt werden, weil sie nicht schnell genug in den Arbeitsmarkt integriert und durch Xenophobie diskriminiert werden. Es stimmt eben beides. Und mit beiden Fragen müssen sich Politiker aller Parteien befassen.

Dass dies nicht oder nicht erfolgreich geschieht, ist ein Symptom postfaktischer Polarisierung. Jede Bewegung hat ihr Narrativ und schottet sich in ihrer Filterblase gern von der manchmal leider etwas komplexeren Wirklichkeit ab. Demokratie aber leidet, wenn es zu oft nicht mehr um den Erfolg in der Sache, sondern den Applaus in der eigenen Partei geht (ganz vermeiden wird man das in einer Demokratie ja nie).

Rabulismus, Polemik und Machiavellismus sind und bleiben Elemente des parteipolitischen Wettbewerbs. Machtwille und Eitelkeit sind Triebfedern des politischen Räderwerks. Problematisch wird es erst, wenn diese Begleiterscheinungen des Systems zu ihrem eigentlichen Wesen werden. Wähler spüren es, wenn der Glutkern von Überzeugungen in Wahrheit ein Luftballon ist.

Womit wir bei der Rolle der Medien und damit bei unvermeidlicher Selbstkritik angelangt sind. Wir Journalisten spielen in diesem Zusammenhang oft eine untrühmliche Rolle.

LESEN SIE AUCH



WELT+ SOZIOLOGE ARMIN NASSEHI
„Das Vertrauen in Eliten sinkt“

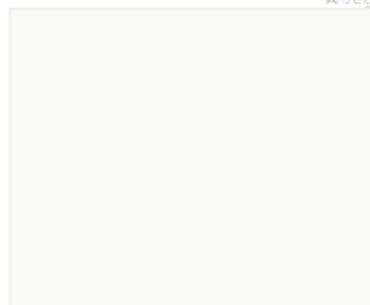
Sieben Wahrnehmungen, die auch Wirklichkeiten sind, beschleunigen die Entfremdung des Publikums:

1. Wir Journalisten verlieren immer häufiger gesunde Distanz zur Politik. Zu oft tritt Journalismus im Gestus der Politikberatung auf: Wir wissen und raten diesem oder jenem Politiker sehr konkret und granular, was er tun sollte. Das ist aber gar nicht die Aufgabe von Journalisten. Sie sollten beobachten und beschreiben, was ist, und gern auch kommentieren, wie sie es beurteilen. Aber sie sind nicht Teil des Betriebs. Von Karl May stammt der Satz: Man muss kein Kunstschütze sein, um zu merken, ob einer ins Schwarze trifft!

2. Wir Journalisten schreiben und sprechen – in schlechter AfD-Tradition – zu oft mit Pauschalverdacht von denen „da oben“. Politiker verdienen zu viel, arbeiten zu wenig, haben nur eigene Interessen und generell eigentlich nichts Gutes im Sinn. Das ist zwar das Gegenteil von zu viel Nähe. Aber beide Extreme sind falsch. Besser wäre einfach, sachlich und präzise zu recherchieren und zu dokumentieren, wer was sagt und dann was tut. Welche Projekte Strohfeuer oder Leuchttürme sind.

3. Wir Journalisten schreiben zu oft für andere Journalisten. Oder für Likes oder Journalistenpreise. Und zu selten für die Leser. Im Narzissmus-Ranking stehen Medienvertreter Politikern kaum nach. Der Hang zur Selbstreferenzialität der Branche kündigt von einem Verlust der Bodenhaftung. Man sollte dann bitte technologische Veränderungen nicht dafür verantwortlich machen, wenn die Leser weglaufen. Journalismus leidet nicht primär unter technologischem Wandel, sondern unter intellektuellem Bedeutungsverlust.

Anzeige



4. Wir Journalisten schreiben aus der Perspektive unserer eigenen Blase. Viele

glauben, so, wie sie die Welt erleben, geht es allen. Das gilt insbesondere für Hauptstadtjournalisten. Dabei wohnen nur rund 30 Prozent der deutschen Bevölkerung in Großstädten mit mehr als 100.000 Einwohnern. Der Alltag in Deutschland sieht also ganz anders aus, als wir denken. Dagegen hilft nur eins: Rausgehen und selbst recherchieren, um Wirklichkeiten zu entdecken und darüber eigene Nachrichten und Neuigkeiten zu generieren, die sich nicht vom Schreibtisch erzählen lassen.

5. Wir Journalisten neigen zu Doppelstandards und heuchlerisch hohen moralischen Erwartungen an „die Politik“. Würden sie für uns selbst aber nicht gelten lassen. Jahrelang sind deutsche Journalisten mit bestechenden Rabatten von Autoherstellern oder von Fluggesellschaften in den Urlaub aufgebrochen, haben Politikern aber vorgeworfen, wenn sie ihre Bonusmeilen privat genutzt haben. Wir sollten Politiker häufiger an ihren Taten messen, nicht an ihrer moralischen Tadellosigkeit.

6. Wir Journalisten kennen oder befolgen immer häufiger nicht die Grenzen zwischen Aktivismus und Journalismus. Anstatt ergebnisoffen und wirklich kritisch in alle Richtungen zu recherchieren und das Ergebnis zu präsentieren, sucht sich das gewünschte Ergebnis zu oft die dienlichen Fakten. Haltungsjournalismus nennt man das dann. Leser und Zuschauer aber wollen lieber informiert als belehrt werden. Die gute Absicht rechtfertigt zu oft illegitime Mittel, besonders jenes, sich die eigene These nicht kaputtzurecherchieren. Wenn Leser das spüren, wirkt das wie Öl im Feuer der Polarisierung.

7. Wir Journalisten greifen Politiker immer häufiger und immer härter auf persönlichen Ebenen an – und immer seltener und immer seichter in der Sache. Dabei werden inhaltliche Kämpfe, das in einer Demokratie essenzielle Ringen um einen guten Kompromiss immer banaler auf Machtfragen reduziert. Der Ton wird aggressiver. Immer massivere Eingriffe in die privaten Sphären des politischen Betriebs führen dazu, dass immer weniger kluge Menschen Interesse zeigen, sich selbst in der Politik zu engagieren.

Hoffentlich der Tiefpunkt

Das alles ist nicht gut. Diese Medienmentalität – und damit sind nicht nur oder zuerst die populären Boulevardmedien, sondern vor allem die elitären Qualitätsmedien gemeint –, diese Haltung ist integrale Mitursache des AfD-Aufstiegs. Und es verschärft die Abstiegsgefahr des einst so erfolgreichen und bewunderten FC Deutschland.

Klar ist: Mit weniger Wettbewerb und dem Streichen von Meisterschaften, mit Manipulation und Moralisieren wird der Wandel nicht gelingen. Auch hier war Fußball wieder sehr symbolisch: erst einer Weltmeisterschaft im Unrechtsstaat Katar zustimmen, dann halbherzig die Menschenrechtslage kritisieren und regenbogenbeseelt die Augen verschließen, um schließlich schlecht zu spielen und zu verlieren. Das war hoffentlich der Tiefpunkt, bevor es besser wird.

Zu Beginn könnte eine ehrliche Debatte über eine neue, bessere Politik und einen neuen, besseren Journalismus nötig sein, an der sich auch Vertreter der Wirtschaft und der Wissenschaft und Künstler beteiligen. Und bei der niemand Angst haben darf, vor der eigenen Tür zu kehren.

Wir haben viel zu verlieren – möglicherweise sogar die Demokratie.

Aber wir könnten auch gewinnen.

Teilen Sie die Meinung des Autors?

JA  1837

NEIN  780

MEHR AUS DEM WEB

0u



Dieser Heizungsbauer revolutioniert den Wärmepumpenmarkt

thermondo

Attraktives Privatleasin Jetzt konfigurieren.

Polestar 2 - 100% elektrisch

NEUES AUS DER REDAKTION



NIEDERSACHSEN & BREMEN

Klimaaktivisten scheitern mit Aktion bei VW

WELT | 16.08.2023



BAYERN

Bergführer hilft Frau und wird brutal attackiert

WELT | 13.08.2023



AHA! ZEHN MINUTEN ALLTAGS-WISSEN

Selbstbefriedigung: Was bringt Masturbation unserer Gesundheit?

Elisabeth Krafft | 02.08.2023



BADEN-WÜRTTEMBERG

Kretschmann: «Werden so nicht mehr regieren können»

WELT | 13.08.2023



WELT+ VERHAFTUNGSRISSIKO

Haftbefehl gegen Wladimir Putin: Größte Angst

Fredrik Wesslau | 14.08.2023



WELT+ ERNÄHRUNGSIRRSINN

Ernährung: Hafermilch ist Inbegriff all dessen, was be bewusster Ernährung...

Matthias Heine | 18.08.2023

AUCH INTERESSANT



Kardashian-Familie verrät



Leverkusen: Solarfirma



Bye bye Kalk: Innovativ

Ihr Abnehm-Geheimnis

Deutsches Gesundheits Journal

MEHR ZUM THEMA



WELT+ DEUTSCHE „MELDESTELLEN“

Die Rückkehr des Denunziantentums

Hubertus Knabe

bietet in 2023 unglaubliches Solarkomplettpaket

Nie mehr hohe Stromkosten



WELT+ KOALITIONSTREIT ESKALIERT

Wie die Ampel ihre eigene politische Legitimation verfallen lässt

Robin Alexander

Wasserenthartungsanlage ohne Salz

AGON Pure



WELT+ RECHTSAUSSEN-PARTEI

Schluss mit der Phantom-Debatte um ein AfD-Verbot

Johannes Wiedemann



WELT+ POLITISCHE POLARISIERUNG

Was Wähler von AfD und Grünen gemeinsam haben

Diana Pieper



VIDEO STUDIE ZUR POLITISCHEN EINSTELLUNG

Mehrheit der Ostdeutschen hält Deutschland für „überfremdet“

2 Min



WELT+ GASTBEITRAG

Erziehungsprogramme „ge rechts“ werden die AfD nie stoppen

Wolfgang Kubicki

KOMMENTARE (1048)

Guten Tag, Mediagnose

Als WELTplus-Abonnent können Sie hier exklusiv Kommentare verfassen und sich mit Autoren und Lesern austauschen.

Ihr Kommentar

Diskutieren Sie mit...

0/2000 Zeichen ABSENDEN

FAQ | NUTZUNGSREGELN | COMMUNITY-PROFIL

Kommentare anzeigen

100

Sortieren nach

BELIEBTESTE

🔄 KOMMENTARE NEU LADEN

WS **Walter S.**

vor 20 Stunden

Immer nur die alten Gebetsmühlen abrammeln mit den "Best of Gauland" wird dem Phänomen AfD nicht einmal im Ansatz gerecht. Wenn AfD wählen die einzige Möglichkeit ist, nichtgrün zu wählen, dann gibt es zur Alternative (für Deutschland) in Deutschland keine wählbare Alternative mehr. Da hat sich die Union unter Merz ganz ohne Not selbst in linke Lager eingehegt!

↩️ ANTWORTEN

🔗 LINK

⚠️ MELDEN

❤️ 1093

ANTWORTEN AUSBLENDEN ^

SA Sebastian A.

vor 20 Stunden

So ist es.

 **ANTWORTEN**  **LINK**  **MELDEN**  38

11 WEITERE ANTWORTEN EINBLENDEN v

PS Peter S.

vor 21 Stunden

Selbsterkenntnis ist (nur) der erste Schritt zur Besserung. Fangen Sie damit an. Hören Sie auf mit Haltungsjournalismus, trennen Sie die Botschaft vom Sender, erkennen Sie Kritikpunkte unabhängig von der politischen Ecke an und bleiben Sie vor allem neutraler Sachberichtserstattung verpflichtet.

 **ANTWORTEN**  **LINK**  **MELDEN**  838

ANTWORTEN AUSBLENDEN ^

DM Dirk M.

vor 20 Stunden

Allein seine Meinung zeigt, dass er von Ihrer Forderung sehr sehr weit entfernt ist. Aber er ist der Springer SE verpflichtet. Und da sagen andere, was er zu sagen hat.

 **ANTWORTEN**  **LINK**  **MELDEN**  70

7 WEITERE ANTWORTEN EINBLENDEN v

II Ingo I.

vor 20 Stunden

Jetzt bitte mal eine Aufzählung von Aussagen der Grünen, Deutschland du Stück Sch..sse, usw. Dann eine Aufzählung wie mit gegen Corona Ungeimpften umgegangen wurde, dazu die Aussagen, Tyrannei der Ungeimpften usw. Ich werde das nicht vergessen, denn die würden es morgen genauso wieder machen.

 **ANTWORTEN**  **LINK**  **MELDEN**  761

ANTWORTEN AUSBLENDEN ^

C CrashTestDummy

vor 20 Stunden

Ja, das wäre bei den gesammelten Punkten zur AfD eine schöne Komplettierung gewesen.

 **ANTWORTEN**  **LINK**  **MELDEN**  288

5 WEITERE ANTWORTEN EINBLENDEN v

CV Christian V.

vor 21 Stunden

Ist das nicht der Herr, der sich zum Schlecht schreiben über die AfD und zum Hochjubeln der FDP bekannt hat?

[ANTWORTEN](#) [LINK](#) [MELDEN](#)  644

ANTWORTEN AUSBLENDEN 

RM Raik M.

vor 20 Stunden

War das nicht das Superbrain, welcher über die Ostdeutschen gesagt hat, alles Kommunisten oder Faschisten?! Da muss ich mal schauen auf welche Seite ich mich mal schlagen muss!
Kommunisten kannte ich ja noch aus der DDR!

[ANTWORTEN](#) [LINK](#) [MELDEN](#)  25

10 WEITERE ANTWORTEN EINBLENDEN 

HJ H. Frahm jr.

vor 20 Stunden

Die vollmundige Ankündigung, die AfD mit Argumenten stellen zu wollen, darf als gescheitert betrachtet werden. Den starken Anstieg hätte man nur verhindern können, indem man eine volksnahe Politik betreibt, mit der sich die Mehrheit der Bevölkerung identifizieren kann. Davon sind wir aber weiter denn je zuvor entfernt.

Folglich muss man entweder einen Politikwechsel vollziehen oder sich mit einer erstarkten AfD politisch auseinandersetzen, wie es in einer Demokratie üblich sein sollte. Verbote werden die Haltung der AfD-Wähler nicht ändern, sondern zu noch mehr Unzufriedenheit und Politikverdrossenheit führen.

[ANTWORTEN](#) [LINK](#) [MELDEN](#)  546

ANTWORTEN AUSBLENDEN 

SM Space Monkey

vor 20 Stunden

volksnah?
Das geht nur wenn man Volk, Institutionen, Medien, Parteien und Wirtschaft gleichschaltet...

[ANTWORTEN](#) [LINK](#) [MELDEN](#)  0

2 WEITERE ANTWORTEN EINBLENDEN 

HS Helmut S.

vor 21 Stunden

Probleme werden nicht angepackt, sondern zerredet - schöngeredet. Zu viele Politiker ohne Beruf und ohne abgeschlossenes Studium sitzen im Parlament. Und das ist ein Problem. Ohne das nötige Wissen, kann man keine Probleme lösen, im Gegenteil, die Probleme werden noch größer.

[ANTWORTEN](#) [LINK](#) [MELDEN](#)  524

ANTWORTEN AUSBLENDEN ^

SC Super C.

vor 20 Stunden

Es gibt Auswege, nur die sind gegen unsere Mentalität zum Selbstmitleid: Z.B. Schulden machen was das Zeug hält und alles in unsere eigene Infrastruktur stecken. Wir haben die EU lange genug bezahlt und nehmen uns dann an den Anderen ein Beispiel. Dann passiert das mit dem Euro, was sich sowieso nicht aufhalten lässt und wir haben wenigstens wieder Substanz.

 **ANTWORTEN**  **LINK**  **MELDEN**  76

1 WEITERE ANTWORT EINBLENDEN v

EW Ekel Weißfred

vor 21 Stunden

Wow, "rechtsextremistischer Verdachtsfall". Was diese Einstufung angeht, so habe auch ich einen Verdacht.

 **ANTWORTEN**  **LINK**  **MELDEN**  451

ANTWORTEN AUSBLENDEN ^

OF Oliver F.

vor 20 Stunden

Für mich kein Verdachtsfall mehr - spätestens seit der Auswahl der Europawahlkandidaten - klar rechtsradikale Profile.

 **ANTWORTEN**  **LINK**  **MELDEN**  3

2 WEITERE ANTWORTEN EINBLENDEN v

IM ichglaubederpolitiknichtmehr M.

vor 20 Stunden

Mir persönlich ist es inzwischen völlig egal, ob die AFD vom Verfassungsschutz beobachtet wird! Gleiches gilt für Figuren wie Höcke. So wie im Moment und in den letzten Jahren kann und darf es in DE nicht weitergehen! Da die etablierten Parteien allesamt für politischen Mist stehen (harmlos ausgedrückt), bleibt nur die AFD.

 **ANTWORTEN**  **LINK**  **MELDEN**  436

ANTWORT AUSBLENDEN ^

TG Thomas G.

vor 19 Stunden

Der Verfassungsschutz ist nicht mehr politisch neutral, sondern folgt den Weisungen des jeweiligen Innenministers. Haldenwang sieht seine Aufgabe nicht mehr nur im Beobachten und Berichten, sondern er meint dafür sorgen zu müssen, dass die Zustimmungswerte zur AfD runtergehen. Damit erfüllt er die parteipolitische Weisung von Oben. Nachdem nun auch bekannt ist, dass Herr Maaßen vom

Verfassungsschutz verfolgt wird, ist die Maske final gefallen. Dem gegenüber hält Haldenwang die schützende Hand über die Klimakleber.

 [ANTWORTEN](#)  [LINK](#)  [MELDEN](#)  201

L **In dubio pro libido**

vor 20 Stunden

Mit diesen inflationär wiederholten AfD-Zitaten aus den letzten 10 (!) Jahren (einige davon aus dem Zusammenhang gerissen, viele absichtsvoll missverstanden) lässt sich der Zuspruch für diese Partei sicherlich nicht mehr abbremsen. Da müssten schon bessere Argumente oder eine bessere Politik kommen.

 [ANTWORTEN](#)  [LINK](#)  [MELDEN](#)  429

[ANTWORTEN AUSBLENDEN](#) ^

IM **ichglaubederpolitiknichtmehr M.**

vor 20 Stunden

Und besserer Journalismus!

 [ANTWORTEN](#)  [LINK](#)  [MELDEN](#)  1

[4 WEITERE ANTWORTEN EINBLENDEN](#) v

BK **Bernd K.**

vor 21 Stunden

Man siehts auch in den Unternehmen, mein Arbeitgeber schickt jede Woche Mails durchs Unternehmen mit zu Thema Diversity, Gender, und es werden Lehrgänge zu diesem Thema angeboten! Ich möchte nicht Wissen wieviele Mitarbeiter dadurch gebunden werden, aber das spielt keine Rolle! Gleichzeitig soll man Kosten sparen, Kosten sparen!

 [ANTWORTEN](#)  [LINK](#)  [MELDEN](#)  374

[ANTWORTEN AUSBLENDEN](#) ^

T **TwoCents**

vor 20 Stunden

Hier das Gleiche, ich kann nur mit dem Kopf schütteln welche Prioritäten gesetzt werden.

 [ANTWORTEN](#)  [LINK](#)  [MELDEN](#)  162

[3 WEITERE ANTWORTEN EINBLENDEN](#) v

D **Dagmar**

vor 20 Stunden

“Das Problem ist nur: Die AfD ist keine normale demokratische Partei. So, wie China keine demokratische Volkswirtschaft ist und Putin kein demokratischer Staatslenker.”

Dieser Vergleich ist eine Unverschämtheit.

Die Journalismuskritik ist mir auch zu schmal, die Verquickungen von Journalismus und Politik durch sehr gut bezahlte Aufträge aus dem

Politikbetrieb und die darauf folgende Lobhudelei des Journalismus für die Politik kommt mir zu kurz. Auch das Jobkarussell von Journalismus - Pressesprecher Regierung - Pressesprecher Bundespräsident fehlt.

 [ANTWORTEN](#)  [LINK](#)  [MELDEN](#)  337

TT Thina T.

vor 20 Stunden

Nur eine Feststellung : 1,2 Millionen Menschen haben im Jahr 2022 Deutschland verlassen.Das sind zu einem großen Teil leistungsbereite Menschen, die viel Steuern bezahlt haben und nicht mehr gewillt sind, vom Staat so zur Kasse gebeten werden.

Im gleichen Zeitraum sind 2,67 Millionen zugewandert, die wenig bis nichts zum Steuereinkommen beitragen.

Jeder Mensch mit auch nur durchschnittlicher Intelligenz kann sich ausrechnen, dass diese Entwicklung, die von vielen Politikern der derzeitigen Regierung mitgetragen und befürwortet wird, über kurz oder lang in die Armut und den Absturz des deutschen Wohlstands führen wird.

 [ANTWORTEN](#)  [LINK](#)  [MELDEN](#)  335

[ANTWORTEN AUSBLENDEN](#) ^

MR Matthias R.

vor 19 Stunden

Wird aber von den neuen nicht mal thematisiert. Es wird ja auch nicht hinterfragt wer bei einem 500 EWdorf wen da integrieren soll.

 [ANTWORTEN](#)  [LINK](#)  [MELDEN](#)  64

[7 WEITERE ANTWORTEN EINBLENDEN](#) v

BW Beppo W.

vor 20 Stunden

Für mich kommt nur noch die AfD in Frage.

 [ANTWORTEN](#)  [LINK](#)  [MELDEN](#)  282

[ANTWORTEN AUSBLENDEN](#) ^

CT Carsten T.

vor 20 Stunden

Dito.

 [ANTWORTEN](#)  [LINK](#)  [MELDEN](#)  11

[1 WEITERE ANTWORT EINBLENDEN](#) v

B. Beate .

vor 20 Stunden

Jetzt reicht's. Und dieses Gefühl kanalisiert derzeit keine Partei so geschickt zu ihrem eigenen Vorteil wie die AfD.

Sollte man sich nicht lieber an dem "jetzt reicht's" abarbeiten, statt an

der AfD?

Es ist immer derselbe Tenor, aber die Ursachen werden nicht ins Licht gerückt, immer wieder kommt dann das man an der Kommunikation was ändern müsste weil der Wähler es nicht verstanden hat. Der Wähler hat aber verstanden, deswegen der Zuwachs für die AfD.

 [ANTWORTEN](#)  [LINK](#)  [MELDEN](#)  272

[ANTWORTEN AUSBLENDEN](#) ^

 **Christoph C.**

vor 20 Stunden

Ich bin mir sicher, 90% der noch nicht ausgewanderten haben es noch nicht verstanden - und glauben, das Deutschland mit seinen diversen Sonderwegen es als einzige richtig machen und Vorbild für alle anderen sind.

(auch unter gebildete Leute, die sich allerdings bewusst nur via Mainstrammediem oder auch nur Tagesschau informieren)

 [ANTWORTEN](#)  [LINK](#)  [MELDEN](#)  67

[2 WEITERE ANTWORTEN EINBLENDEN](#) v

 **Josef-Roland K.**

vor 13 Stunden

Herr Döpfner, sie hätten sich die Framing-Passagen und ollen Kamellen gegen die AfD verkneifen können. Schon seit der Gründung der AfD, mit gänzlich anderem führenden Personal als heute, wurde die AfD versucht lächerlich zu machen, ihre Wähler ausgegrenzt und in die rechte Ecke geschoben. Diese Verfahrensweise hat aber nur Erfolg, wenn der politische Weg der anderen Parteien, insbesondere der Regierungsparteien, klar den Wählerwillen zum Ausdruck bringt und den unbedingten Willen, dieses Land und seine Bürger in eine sichere Zukunft zu führen., von Erfolg gekrönt ist. Seit Merkel und dem Jahre 2015, wird aber durch ungesteuerte Migration, die Gefährdung der Versorgungssicherheit mit Energie, das Ausbluten von Wirtschaft und der Verschleiss von Infrastruktur, die Mißachtung einer guten und zukunftsweisenden Bildung, ununterbrochen der Weg in den gesellschaftlichen Abstieg beschritten. Keine der sog. etablierten Parteien ist in der Lage, über seine eigenen Dogmen und Ideologien nachzudenken und dieses Land mit seinem Plan einer gemeinsamen und gesicherten Zukunft zu bestreiten. Statt dessen werden von diesen Parteien irrationale Ängste geschürt, so z.B. beim Klima, um die Bürger mit Stock und Peitsche in die von den Parteien gewünschte Richtung zu treiben. DAS ist auch Populismus, bei dem Abweichler und Kritiker mit Spott und Häme überzogen und aus dem Diskurs ausgeschlossen werden. Die Ampelparteien können einfach nicht miteinander. Bis auf den Willen zur Macht gibt es keine Schnittstellen. Und sie wollen auch die Herausforderungen der Zeit nicht annehmen und wollen es auch nicht können. Dies ist die Bankrotterklärung der Parteiendemokratie, die zum Selbstzweck verkommen ist und Land und Volk nicht mehr dient. Also weg damit und her mit den Neuwahlen!

 [ANTWORTEN](#)  [LINK](#)  [MELDEN](#)  272

[ANTWORTEN AUSBLENDEN](#) ^

GS

Gerhard S.

vor 12 Stunden

@Josef-Roland

Volle Zustimmung !!

[ANTWORTEN](#) [LINK](#) [MELDEN](#) [♥ 96](#)[2 WEITERE ANTWORTEN EINBLENDEN](#) ▾

BJ

Barbara J.

vor 20 Stunden

„ Das Problem ist nur: Die AfD ist keine normale demokratische Partei.“

Falsch! Wäre es keine demokratische Partei, könnte sie sich nicht zur Wahl stellen und wäre nicht im Bundestag vertreten.

Und was heißt „normal“?

Sind die sektengleichen Verbots - Grünen etwas eine „normale“ Partei?

Ganz bestimmt nicht.

[ANTWORTEN](#) [LINK](#) [MELDEN](#) [♥ 267](#)[ANTWORT AUSBLENDEN](#) ^

MM

Martin M.

vor 15 Stunden

DeGrowth-Politik ist normal. Die AfD nicht. Hehe

[ANTWORTEN](#) [LINK](#) [MELDEN](#) [♥ 11](#)

DV

Doctor V

vor 18 Stunden

Immer die gleiche Leier bei prominenten Personen, die die aktuelle politische Situation kritisieren möchten...bevor sie die Kritik äussern muss zuerst erklärt werden wie fürchterlich schlimm die AfD doch sei (und alles was dazu einfällt sind aus dem Zusammenhang gerissene Zitate von vor mehreren Jahren), und dann vertritt man letztlich genau die politischen Standpunkte die die AfD vertritt. Dieses "ich finde die AfD ja schrecklich, aber..." nervt so sehr. Wasch mich aber mach mich nicht nass. Feige.

[ANTWORTEN](#) [LINK](#) [MELDEN](#) [♥ 264](#)[ANTWORTEN AUSBLENDEN](#) ^

BP

Bernhard P.

vor 18 Stunden

Das trifft es sehr gut. Danke

[ANTWORTEN](#) [LINK](#) [MELDEN](#) [♥ 38](#)[2 WEITERE ANTWORTEN EINBLENDEN](#) ▾

BB

Bastian B.

vor 21 Stunden

Eine schonungslose und selbstkritische Analyse, wäre schön, wenn sich jetzt tatsächlich in der medialen Berichterstattung etwas ändern würde. Ich bleibe skeptisch...

Und dennoch bleibt festzustellen, dass der Zeitpunkt m.E. leider zu spät kommt, das Kind Deutschland ist schon in den Brunnen gefallen und droht zu ertrinken...und alle schauen weg

 **ANTWORTEN**  **LINK**  **MELDEN**  248

ANTWORTEN AUSBLENDEN 

GS **Günter S.**

vor 20 Stunden

Eben. Alle schauen weg; nicht nur Politiker und Journalisten.

 **ANTWORTEN**  **LINK**  **MELDEN**  2

3 WEITERE ANTWORTEN EINBLENDEN 

LK **Lothar K.**

vor 12 Stunden

Sorry, aber ich kann niemand ernst nehmen, der zur Untermauerung seiner Thesen Haldewang, Steinmeier oder Harbarth anführt.

 **ANTWORTEN**  **LINK**  **MELDEN**  247

ANTWORT AUSBLENDEN 

FP **Frank P.**

vor 10 Stunden

Ist wirklich ein guter Witz.
Ist der Springer-Konzern nicht CDU und FDP nah.
Erklärt einiges.

 **ANTWORTEN**  **LINK**  **MELDEN**  10

IF **Ingo F.**

vor 20 Stunden

Vielleicht hat die AfD nicht nur "Protest", sondern auch bessere Lösungen? Könnte man mal diskutieren, aber findet ja leider außer Ausgrenzung nichts statt...

 **ANTWORTEN**  **LINK**  **MELDEN**  237

ANTWORTEN AUSBLENDEN 

CC **Christoph C.**

vor 20 Stunden

Ingo: Ja - und das wird dann stets über das Wort 'populistisch' kommuniziert, das auch ständig als Adjektiv gesetzt wird. Beseht man sich objektiv die Bedeutung von 'populistisch', wird man zur Erkenntnis kommen, dass Politik-Kommunikation populistisch sein muss und die derzeit praktiziert Politik häufig extrem populistisch ist.

4 WEITERE ANTWORTEN EINBLENDEN ▾

OlafSch

vor 20 Stunden

Früher gab es klare Grenzen. Es gab das bürgerliche Lager und das linke Lager. Beide unterschieden sich eindeutig. Heute ist alles ein politischer Brei. Die einzige Partei die eine andere Richtung verspricht ist die AfD. Also wen soll jemand wählen wenn man mit der aktuellen Richtung nicht einverstanden ist?

[ANTWORTEN](#) [LINK](#) [MELDEN](#) [236](#)

ANTWORTEN AUSBLENDEN ^

Horst H.

vor 20 Stunden

Olaf, das klingt absolut logisch! Ich bin ihrer Meinung.

[ANTWORTEN](#) [LINK](#) [MELDEN](#) [67](#)

4 WEITERE ANTWORTEN EINBLENDEN ▾

Anuschka Bulgakova

vor 19 Stunden

Es ist schon putzig, sich in einer schweren Krise ausgerechnet an der Partei abzarbeiten, die noch nie an der Regierung beteiligt war

[ANTWORTEN](#) [LINK](#) [MELDEN](#) [236](#)

Ralph S.

vor 15 Stunden

Hab gar nicht gewusst, dass die AfD an der Macht ist. Den Schlamassel hat einzig die ergrünte Union und die unfähige Ampel zu verantworten.

[ANTWORTEN](#) [LINK](#) [MELDEN](#) [231](#)

Paul S.

vor 15 Stunden

Herr Döpfner ist ein mächtiger Mann der mit diesem Beitrag ein paar kleine Steine in den See wirft. Ein bisschen Kritik an den Altparteien, das Aufzählen des allseits bekannten Versagens, eine große Portion AfD-Bashing und eine Prise Selbstkritik.

Warum entzaubert Döpfner nicht persönlich Weidel und Chrupalla, wenn das so einfach ist? Warum feuert er nicht mit allen Rohren des Springer-Konzern auf die Weltretter in der Politik, die Deutschland vor die Wand fahren. Warum entblößt er nicht den Einfluss der Globalisten, die mit ihren Milliarden auf unsere Gesellschaft einwirken?

Meine stille Hoffnung, dass die Vierte Macht endlich aufwacht und ihre eigentliche Aufgabe erfüllt bleibt weiter bestehen. Es braucht dazu

wesentlich größere Steine.

20230819-17:23

 [ANTWORTEN](#)  [LINK](#)  [MELDEN](#)  231

[ANTWORTEN AUSBLENDEN](#) ^

 **Kaffee Tante**

vor 14 Stunden

Bester Kommentar hier 🍌

 [ANTWORTEN](#)  [LINK](#)  [MELDEN](#)  41

[2 WEITERE ANTWORTEN EINBLENDEN](#) v

 **Josef S.**

vor 19 Stunden

Kleiner logischer Dreisatz

Die CDU unter Merkel hat uns an den Abgrund geführt, mit der Ampel sind wir jetzt einen Schritt weiter. Der Grossteil der Medien hat diesen Kurs unterstützt, bejubelt und mitgemacht, die Warner zu diskreditieren.

Und warum genau sollen sich die Menschen jetzt von der oben genannten Community vorschreiben lassen, die einzige Partei nicht zu wählen, die andere Glaubenssätze vertritt und die verspricht, eine andere Politik zu machen. Diese „alternativlosen“ Glaubenssätze von AM/CDU, Grünen und der SPD mit der daraus abgeleiteten Politik haben uns doch in diesen Abgrund geführt hat.

 [ANTWORTEN](#)  [LINK](#)  [MELDEN](#)  220

[ANTWORT AUSBLENDEN](#) ^

 **Jürgen M.**

vor 17 Stunden

@Josef

Hervorragend auf den Punkt gebracht!

 [ANTWORTEN](#)  [LINK](#)  [MELDEN](#)  28

 **Sven L.**

vor 18 Stunden

Mit der lockeren Beziehung zum Eigentumsrecht der Bürger, dem schon fast feindseligen Umgang mit dem „deutschen Volk“, der Steuerung durch Interessenverbände oder der aggressiven Beseitigung der deutschen Industrie bin ich mir nicht sicher, ob nicht viel mehr die Regierung an der Beseitigung der freiheitlich demokratischen Grundordnung arbeitet.

 [ANTWORTEN](#)  [LINK](#)  [MELDEN](#)  219

[ANTWORTEN AUSBLENDEN](#) ^



Momos

vor 18 Stunden

Sven, ich bin mir sehr sicher das das deren Ziel ist. Werden wir bei den nächsten Wahlen sehen wenn das Ergebnis nicht so ist wie von den Parteienblock gewünscht.

[ANTWORTEN](#) [LINK](#) [MELDEN](#) [♥ 46](#)

[2 WEITERE ANTWORTEN EINBLENDEN](#) ▾



Reinhold K.

vor 18 Stunden

"Das Problem ist nur: Die AfD ist keine normale demokratische Partei."
Was ist denn normal ? Etwa unsere Regierung ?! Also ich selbst habe mit der AfD kein Problem, für mich ist sie eben gerade normal.
Ordnung, Sicherheit, angemessener Wohlstand durch Arbeit. Tradition , Kultur... ! Man sollte immer auch überlegen, was man von sich gibt !

[ANTWORTEN](#) [LINK](#) [MELDEN](#) [♥ 212](#)

[ANTWORTEN AUSBLENDEN](#) ^



Benedikt K.

vor 18 Stunden

Es wäre hilfreich, wenn Sie dediziert auf die Argumente des Autors eingehen würden, anstatt nur ein paar Schlagwörter in den Raum zu werfen.

[ANTWORTEN](#) [LINK](#) [MELDEN](#) [♥ 14](#)

[5 WEITERE ANTWORTEN EINBLENDEN](#) ▾



M.

vor 12 Stunden

Gute Analyse im ersten Teil, aber dann ausgerechnete Thomas Haldenwang und den Verfassungsschutz anzuführen - sehr eigenwillig. Eigentlich gehören Bundesverfassungsgericht und auch Verfassungsschutz auch zu Problem und Ursachen für den Verdruß

[ANTWORTEN](#) [LINK](#) [MELDEN](#) [♥ 211](#)



Anke G.

vor 10 Stunden

Wir Unternehmer werden vom Stromversorger vor Stromabschaltungen im nächsten Jahr gewarnt. Wir sollen jetzt zusehen, wie wir damit klarkommen. Produktion einstellen, Gehälter und Kredite laufen weiter. Alle haben davor gewarnt. Mehr habe ich dazu nicht zu sagen.

[ANTWORTEN](#) [LINK](#) [MELDEN](#) [♥ 210](#)

[ANTWORT AUSBLENDEN](#) ^



Dominic B.

vor 5 Minuten

Vor allem ist die einzige Lösung der Darlehen Kredite zu

vor allem ist die einzige Lösung der Regierung, Kredite zu vergünstigen. Ist ja wunderbar geeignet, Standortnachteile auszugleichen.

Jene, welche abwandern können, tun es bereits in Scharen, ohne das sich jemand darum schert.

 [ANTWORTEN](#)  [LINK](#)  [MELDEN](#)  1

BC Benjamin G.

vor 20 Stunden

Ich habe zwar dafür gestimmt , aber es sollte klar sein das genau die Passage mit zum Teil Uralten Aussagen von AFD Politikern vielen Menschen auf den Zünder geht . Dabei werden eben sämtliche Demokratie Feindliche Aussagen von Grün/Rot unter Tisch fallen gelassen.

Die Afd muss solange Prozente sammeln bis die Wahlohrfeigen der Bürger endlich bei unseren Politikern ankommen.

 [ANTWORTEN](#)  [LINK](#)  [MELDEN](#)  209

[ANTWORTEN AUSBLENDEN](#) ^

MR Matthias R.

vor 19 Stunden

Und auch dann liegt es nur daran das man nicht richtig und lange genug erklärt hat, wie bei einem Kleinkind

 [ANTWORTEN](#)  [LINK](#)  [MELDEN](#)  33

[2 WEITERE ANTWORTEN EINBLENDEN](#) v

HK Harald K.

vor 15 Stunden

Diskriminierungen, wie die „Ungeimpften“ sind raus aus dem sozialen Leben (Tobias Hans CDU) . Oder Vorschläge zuhause zu demonstrieren durch Frau Faeser oder dem Montagsspaziergang seine „Unschuld“ abzusprechen, wie es unser BP tat. Des öffentliche Leben komplett lahmzulegen ohne Begründung der Maßnahmen. Die Teilnahme an einer Medikamentenstudie als Voraussetzung für die Ausübung des Berufes zu machen, all das war Demokratie? Nur noch eine Minderheit traut dem Staat. Das ist die Konsequenz aus 16 Jahren Merkel und jetzt der Ampel. Die Menschen wollen wieder selber über ihr Leben bestimmen.

 [ANTWORTEN](#)  [LINK](#)  [MELDEN](#)  206

[ANTWORT AUSBLENDEN](#) ^

UB Ursula B.

vor 13 Stunden

Danke Harald. Erstklassig formuliert. Ich stimme Ihnen vollständig zu!

 [ANTWORTEN](#)  [LINK](#)  [MELDEN](#)  25

TS

Thomas S.

vor 13 Stunden

Herr Döpfner, wir haben mittlerweile in den letzten Jahren mehr als genug mitbekommen und können uns eine eigene Meinung bilden, wen wir wählen sollen.

Fakt ist ja wohl, dass die aktuellen Parteien für die Sorgen der Leute kein Ohr haben und lieber "wichtigere" Themen anpacken, z.B. Gendern, Diversität und Klimakatastrophe.

Die AfD legt wenigstens den Finger in die Wunde, wo andere Parteien lieber die weiße ... äh ich meine die Regenbogenfahne schwenken. Auch wenn sie aktuell keine Mehrheiten haben, so denken zumindest einige Parteien über bestimmte "unsagbare Themen" nach. Damit hat die AfD doch schonmal etwas bewirkt.

Von kommenden Wahlen will ich noch nicht reden. Besonders in den neuen Bundesländern wird es interessant werden im nächsten Jahr. Persönlich sehe ich aktuell den Carsten Linnemann als den "Retter" der CDU. Merz war eine Enttäuschung pur. Und Wüst oder Günther folgen auch nur dem Kurs von Merkel.

[ANTWORTEN](#) [LINK](#) [MELDEN](#)  206

ANTWORTEN AUSBLENDEN ^

RM

Rainer M.

vor 11 Stunden

Viele wollen aber gar nicht mehr dass die CDU "gerettet" wird ist meine Erfahrung.

19.8.23 20:44 (-5)

[ANTWORTEN](#) [LINK](#) [MELDEN](#)  35

1 WEITERE ANTWORT EINBLENDEN v

R

Rainer

vor 9 Stunden

Haben Menschen kein Recht auf Heimat? Ist es radikal, wenn man nicht auf Schritt und Tritt Frauen mit Kopftuch begegnen will, im Wissen darum, dass solche Menschen häufig ein archaisch rückständiges Menschen Bild haben, dass die Errungenschaften der Aufklärung leugnet? Sind unsere eigenen Traditionen nicht Wert, verteidigt zu werden?

[ANTWORTEN](#) [LINK](#) [MELDEN](#)  205

ANTWORT AUSBLENDEN ^

FH

Frank H.

vor 9 Stunden

Es geht nicht darum, dass jemand Kopftuch trägt. Es geht darum, dass man uns einreden will, das wäre das Neue liberale Normal an dem sich alle auszurichten haben. Denn nur dann funktioniert Integration. Um das geht es!

[ANTWORTEN](#) [LINK](#) [MELDEN](#)  41



Alexander S.

vor 11 Stunden

Vielleicht lädt man die AfD einfach mal wieder in Talkshows ein. Aber wer die AfD nicht zu Wort kommen lässt, der ignoriert auch mindestens 20% der Wahlberechtigten, die die AfD derzeit wählen würden. Nichts ist seit der Ampel-Regierung besser geworden. Es geht bergab. Schlimmer könnte es die AfD auch nicht machen.

[ANTWORTEN](#) [LINK](#) [MELDEN](#) 202



Andrea H.

vor 19 Stunden

Statt die AfD ständig zu beschimpfen, sollte man mit denen reden. Viele Punkte im Parteiprogramm sind nicht schlecht, manche Ansichten könnte man mindestens überdenken. Wenn der Zuspruch der Bevölkerung so hoch ist, sollte man sich doch mal am Kopf kratzen und überlegen, warum der Zuspruch so hoch ist.

[ANTWORTEN](#) [LINK](#) [MELDEN](#) 197

[ANTWORTEN AUSBLENDEN](#) ^



Benedikt K.

vor 19 Stunden

Was genau könnte man z. B. überdenken?

[ANTWORTEN](#) [LINK](#) [MELDEN](#) 6

[7 WEITERE ANTWORTEN EINBLENDEN](#) v



Tillmann R.

vor 15 Stunden

Das Hauptproblem wurde leider nicht angesprochen. Für ein funktionierendes Leistungsprinzip, Freiheit und Demokratieverständnis ist Wissen erforderlich. Wissen wird im Elternhaus und in guten selektiven Schulen vermittelt. Nochmals erweitert in Unis und Berufs- Fachschulen. Diese elementare Basis unseres Landes wurde systematisch vor allem durch leistungsmindernde Reformen erst durch SPD Regierungen, dann besonders erzieherisch durch grüne Regierungsbeteiligungen auf Landesebene zerstört. Warum wohl?! Diese Kernreformen sind unumkehrbar und das Land somit ohne die allerwichtigsten „Rohstoffe“

[ANTWORTEN](#) [LINK](#) [MELDEN](#) 196

[ANTWORT AUSBLENDEN](#) ^



M.K.

vor 15 Stunden

Ja, es ist so schade. Deutschland hatte mal viele intelligente Menschen, die gut ausgebildet wurden, sodass sie tolle Ingenieure wurden. Das ist wohl Geschichte.

[ANTWORTEN](#) [LINK](#) [MELDEN](#) 130



S.N.

vor 12 Stunden

Es fehlte noch der Hinweis, dass Hauptaufgabe der Ampel ist, von den eigentlichen Problemen abzulenken und Unwichtigkeiten ins Zentrum ihres Handelns zu stellen, sei es Gendern, Klima oder Hanf.

ANTWORTEN **LINK** **MELDEN** 196



Dieter Adler

vor 19 Stunden

Leider ist der Ansatz falsch. Es sollte nicht darum gehen die AfD zu reduzieren, sondern darum bessere Politik oder sogar gute Politik für Deutschland zu machen.

ANTWORTEN **LINK** **MELDEN** 189

ANTWORTEN AUSBLENDEN



H. F.

vor 19 Stunden

@Dieter Adler: Geht blossHand in Hand

ANTWORTEN **LINK** **MELDEN** 8

3 WEITERE ANTWORTEN EINBLENDEN



Karl-Heinz L.

vor 11 Stunden

Deutschland könnte blühen, wenn sich arbeiten wieder lohnen würde. Hier funktioniert wegen Arbeitsunwilligkeit und überzogener sozialer Absicherung nichts mehr. Jetzt gehen noch die Baby Boomer in Rente und damit der Rest der hier noch einigermaßen funktionierte, bricht jetzt endgültig auch noch zusammen.. Wer es bisher noch nicht bemerkt hat, wird bald die Augen öffnen.... Wenn er vor vielen verschlossenen Türen in Arztpraxen, Behörden, Gastronomie steht. Die gewohnte und geordnete deutsche Infrastruktur wird bald der Vergangenheit angehören...

ANTWORTEN **LINK** **MELDEN** 185



Ingeborg V.

vor 19 Stunden

Ich denke daran, dass die Grünen früher vom Verfassungsschutz beobachtet wurden. Dann brauchte die SPD die Grünen als Koalitionspartner. Und, schwups, galten die Grünen als demokratische Partei. Was hatte sich bei ihnen geändert? Nichts!

ANTWORTEN **LINK** **MELDEN** 182



Parlamentspoetin

vor 17 Stunden

Dänemark hat die Zeichen erkannt. Einen Sozialstaat gibt es nur ohne Einwanderung in die Sozialsysteme. Die dänische Sozialdemokratie hat die gleiche Argumentation wie bei uns die AfD. Und regiert.

 [ANTWORTEN](#)  [LINK](#)  [MELDEN](#)  181

ANTWORTEN AUSBLENDEN 

AF Anton F.

vor 16 Stunden

“Die dänische Sozialdemokratie hat die gleiche Argumentation wie bei uns die AfD. Und regiert.”

Dann darf dorthin auch kein deutscher Minister mehr in Urlaub fahren!
(Außer er ist von den Grünen!)

 [ANTWORTEN](#)  [LINK](#)  [MELDEN](#)  7

1 WEITERE ANTWORT EINBLENDEN 

JF Jörg F.

vor 19 Stunden

“Der rapide Aufstieg der AfD ist keine Überraschung. Er kündigte sich an, war absehbar und ist vor allem die Folge einer zunehmenden Entfremdung weiter Teile der Bevölkerung von ihren politischen und medialen Eliten.”

Nicht das Volk hat sich entfremdet sondern die politische und mediale Elit hat sich von großen Teilen des Volkes entfremdet. Das Volk ist nicht für die Eliten da, die Eliten sind Dienstleister des Volkes!

 [ANTWORTEN](#)  [LINK](#)  [MELDEN](#)  180

KK Konstantin K.

vor 18 Stunden

Frage: Glaubt ernsthaft jemand, dass Parteien, die seit Jahrzehnten dieses Land regieren und einen Großteil der Probleme zu verantworten haben, auch nur annähernd in der Lage sind diese Miseren durch ihre Politik zu lösen? Antwort: Wohl kaum, denn sonst würde es diese Probleme ja gar nicht geben!

 [ANTWORTEN](#)  [LINK](#)  [MELDEN](#)  178

SZ Steffen Z.

vor 10 Stunden

Brav, aber falsch an der AfD abgearbeitet.

 [ANTWORTEN](#)  [LINK](#)  [MELDEN](#)  178

SK Steffen K.

vor 10 Stunden

Schwacher Versuch der Diskreditierung der AfD. Nein, wir wählen die AfD, weil wir mit ihren Positionen konform sind und den Verfassungsschutz und die Einstufungen sind spätestens seit den

Äußerungen von Herrn Haldewang nichts, was mich am AfD wählen hindert.

[ANTWORTEN](#) [LINK](#) [MELDEN](#) [176](#)

[ANTWORTEN AUSBLENDEN](#) ^

RE **Rebellion Extinction**

vor 10 Stunden

Tatsächlich ist das Problem keineswegs die AfD, die noch keinerlei Gelegenheit hatte, Schäden wie die Merkel oder die "Ampel" anzurichtn, selbst wenn sie das unwahrscheinlicherweise wollte, es kann nur besser werden.

[ANTWORTEN](#) [LINK](#) [MELDEN](#) [108](#)

[5 WEITERE ANTWORTEN EINBLENDEN](#) v

MN **Mr. Nobody**

vor 19 Stunden

"Der rapide Aufstieg der AfD ist keine Überraschung. Er kündigte sich an, war absehbar und ist vor allem die Folge einer zunehmenden Entfremdung weiter Teile der Bevölkerung von ihren politischen und medialen Eliten."

Sie meinen sicher, der Aufstieg der AfD ist die Folge einer zunehmenden Entfremdung weiter Teile der Politik und der medialen Eliten von der Bevölkerung. So wird ein Schuh draus.

[ANTWORTEN](#) [LINK](#) [MELDEN](#) [169](#)

TR **Thorsten R.**

vor 18 Stunden

Nun haben wir alle möglichen und unmöglichen Aufzählungen der AfD Aussagen in diesem Bericht gelesen Ich vermisse aber leider die Aussagen der anderen Parteien, in erster Linie die der Grünen, die oftmals, lt. Herrn Habeck, mit Deutschland gar nichts anfangen können. Die „Selbstkritik“ an dem Journalismus ist zwar schön und gut, aber fängt der Fisch nicht eigentlich am Kopf an zu stinken?? Daher würde diesem Bericht, neben durchaus korrekter Feststellungen, ein wenig mehr Ausgewogenheit gut tun, aber man möchte es sich auch sicherlich mit seinen Freunden verscherzen.

[ANTWORTEN](#) [LINK](#) [MELDEN](#) [167](#)

[ANTWORTEN AUSBLENDEN](#) ^

BK **Benedikt K.**

vor 18 Stunden

In diesem Artikel geht es nun mal um die AfD. Ihr Kommentar ist also Whataboutism.

[ANTWORTEN](#) [LINK](#) [MELDEN](#) [5](#)

[4 WEITERE ANTWORTEN EINBLENDEN](#) v

Q **Quercus**

vor 10 Stunden

Mit der AfD ist es eben auch wie im Fußball: Man muss gar nicht perfekt sein, es reicht, wenn die anderen schlechter sind.

 **ANTWORTEN**  **LINK**  **MELDEN**  167

ANTWORTEN AUSBLENDEN 

PS **Peter S.**

vor 10 Stunden

Ganz genau. Schade dass die meisten das nicht verstehen, weil sie keine Ahnung vom Fußball haben. Sonst würden die auch AfD wählen.

 **ANTWORTEN**  **LINK**  **MELDEN**  57

3 WEITERE ANTWORTEN EINBLENDEN 

OP **Olav P.**

vor 19 Stunden

"Jetzt reicht's. Und dieses Gefühl kanalisiert derzeit keine Partei so geschickt zu ihrem eigenen Vorteil wie die AfD."

Das Problem ist, egal wen ich wähle, ich bekomme Grün.

In dem Punkt hat Merz sich nicht durchsetzen können, Wüst und Günther, und der hessische Ministerpräsident, bestimmen den Kurs der CDU.

 **ANTWORTEN**  **LINK**  **MELDEN**  164

ANTWORTEN AUSBLENDEN 

BK **Benedikt K.**

vor 19 Stunden

Wüst und Günther haben im Gegensatz zu Merz auch schon Wahlen gewonnen.

 **ANTWORTEN**  **LINK**  **MELDEN**  3

6 WEITERE ANTWORTEN EINBLENDEN 

GK **G K.**

vor 11 Stunden

Zerpflücken Sie doch mal die Aussagen verschiedener Mitglieder der anderen Parteien, da werden Sie haarsträubendes finden. Aber nein, es muss wieder heftig gegen die AfD zur Sache gehen. Ich kann mir meine Meinung selbst bilden und weiß ganz genau, wen ich wählen werde. Aber etliche Ihrer Aussagen treffen ins Schwarze.

19.8. - 20:48

 **ANTWORTEN**  **LINK**  **MELDEN**  161

MH **Martin H.**

vor 12 Stunden

Genau aus den genannten Gründen muß ich mein Kteuzchen bei den Blauen machen;

[ANTWORTEN](#) [LINK](#) [MELDEN](#) [160](#)

SS **Stefan S.**

vor 20 Stunden

Dem meisten kann ich zustimmen, aber bei Thomas Haldenwang passt das nicht. Als Beamter einer Behörde hat er politisch neutral zu handeln, was er nicht macht. Mehrere Urteile gegen ihn, sprech Bände. Thomas Haldenwang schadet der Demokratie und ist einer der besten Wahlkämpfer der AfD!

[ANTWORTEN](#) [LINK](#) [MELDEN](#) [157](#)

[ANTWORT AUSBLENDEN](#) ^

O **OlafSch**

vor 20 Stunden

Eine Behörde die die Extremisten der letzten Generation als harmlos einstuft ist nicht mehr ernst zu nehmen

[ANTWORTEN](#) [LINK](#) [MELDEN](#) [0](#)

TM **Torsten M.**

vor 14 Stunden

Wenn sich die Medien in den letzten 20 Jahren so an der jeweiligen Regierung wie jetzt an der AfD abgearbeitet hätten, dann hätten wir jetzt viele Probleme nicht.

Aber man hat ja Probleme lieber nicht benannt um nicht den Falschen zu nutzen.

Dieser Artikel ist nochmal einen Schritt weiter.

Regierung Mist, AfD Obermist.

Lösung: Weiter wie bisher.

[ANTWORTEN](#) [LINK](#) [MELDEN](#) [157](#)

M. **Marc .**

vor 10 Stunden

Sie erläutern hier die Probleme der BRD und im gleichen Atemzug wird eine Partei, die dagegen angeht geteert und gefedert. Ich war nie groß politisch engagiert, aber seit 2018 im Westen sogar als Gemeinderat für die AfD gewählt. Und ich bereue Nichts.

[ANTWORTEN](#) [LINK](#) [MELDEN](#) [157](#)

MK **Marlies K.**

vor 20 Stunden

Wir benötigen Personen in der Politik, die zu DE stehen, zu der Kultur und das Land voranbringen wollen. Und Menschen, die arbeiten und in das Sozialsystem einzahlen. Eine Hand wäscht die andere. Anders

funktioniert es nicht.

 [ANTWORTEN](#)  [LINK](#)  [MELDEN](#)  156

 **Moses H.**

vor 19 Stunden

Die Angst vor dem Abstieg treibt die Menschen zur AFD. Wen kann ich denn heute wählen, wenn ich sicher verhindern will, das meine Stimme am Ende bei den Grünen landet?

 [ANTWORTEN](#)  [LINK](#)  [MELDEN](#)  156

[ANTWORTEN AUSBLENDEN](#) ^

 **Benedikt K.**

vor 19 Stunden

“Die Angst vor dem Abstieg treibt die Menschen zur AFD.”

Und mit Hinwendung zu Moskau inkl. Iran und Nordkorea und Abwendung vom Westen kommt der Aufstieg?

 [ANTWORTEN](#)  [LINK](#)  [MELDEN](#)  12

[3 WEITERE ANTWORTEN EINBLENDEN](#) v

 **H. W.**

vor 13 Stunden

Danke für die Selbsterkenntnis. Ich stecke in einem Dilemma:

1. Ich werde keine Partei wählen, die mit den Grünen koalieren will, weil ich keinen Ökosozialismus will!
2. Ich finde keine Partei außer der AFD.

Ihr Artikel hatte viele Kriterien aufgelistet, mir aber mit meinem Problem keine Hilfe gegeben.

Wo sind die Vernunftpolitiker, die ich suche?

 [ANTWORTEN](#)  [LINK](#)  [MELDEN](#)  156

 **Antje H.**

vor 19 Stunden

Der Kritik an Parteien und Journalismus kann ich fast vollständig zustimmen - hätte nicht die AfD erneut eine Sonderrolle zugewiesen bekommen.

Mir scheint, es ist die "Ampel", die gegen demokratische Grundsätze verstößt – man denke nur an das sog. "Hinweisgebergesetz", ein Aufruf zur Denunziation.

 [ANTWORTEN](#)  [LINK](#)  [MELDEN](#)  153

[ANTWORTEN AUSBLENDEN](#) ^

 **Sojo M.**

vor 19 Stunden

Das HinweisgeberSCHUTZgesetz folgt einer EU- Vorgabe, wurde aber von der Ampel übererfüllt in ein Gesetz gegossen und trat unter dem Radar der Bevölkerung Anfang Juli in Kraft.

Ich kann nur jedem raten, sich einmal mit diesem Gesetz zu beschäftigen.

[ANTWORTEN](#) [LINK](#) [MELDEN](#) [66](#)

[2 WEITERE ANTWORTEN EINBLENDEN](#) 

UP **Uwe P.**

vor 14 Stunden

Meine Replik als sehr gut verdienender Akademiker: Ich werde selbstverständlich die AfD wählen. Schlechte Parteien an oder in der Regierung haben wir seit Jahrzehnten, schlimmer kann es garantiert nicht werden.

[ANTWORTEN](#) [LINK](#) [MELDEN](#) [152](#)

[ANTWORTEN AUSBLENDEN](#) 

BK **Benedikt K.**

vor 14 Stunden

Mit pro-russischem und anti-westlichem Kurs geht es aufwärts?

[ANTWORTEN](#) [LINK](#) [MELDEN](#) [15](#)

[5 WEITERE ANTWORTEN EINBLENDEN](#) 

TW **Thomas W.**

vor 11 Stunden

Hinzu kommen Selbstverständlichkeiten aus Ländern mit erfolgreicher Integrationsgeschichte: Erlernen der Landessprache, Respektieren der Verfassung und der Gesetze – wer das nicht tut, muss wieder gehen. Und zwar wirklich und schnell.

Herr Döpfner, das ist doch das Problem. Keine der Altparteien hat den Mumm, das durchzusetzen.

Alle die so etwas anpacken würden, wären durch den einsetzenden Shitstorm von Links/Rot inner halb kürzester Zeit weg vom Fenster..., meine Meinung.

[ANTWORTEN](#) [LINK](#) [MELDEN](#) [151](#)

[ANTWORT AUSBLENDEN](#) 

GR **Gerhard R.**

vor 10 Stunden

Thomas - genau den wunden Punkt getroffen. Warum können das andere - auch sehr soziale Staaten - wie Schweden oder Dänemark viel besser?

[ANTWORTEN](#) [LINK](#) [MELDEN](#) [59](#)

WS **Wolfram S.**

vor 12 Stunden

"Der thüringische Landesverband wird außerdem vom dortigen

Verfassungsschutz als „erwiesen rechtsextremistisch“ eingestuft.“

Herr Döpfner scheint sein eigenes Blatt nicht zu lesen. In der WELT wird berichtet, dass das Landgericht Gera Anfang der Woche einen Beschluss veröffentlicht hat, der die entsprechende Einstufung der AfD auseinandernimmt: "Im Ergebnis bescheinigen die Richter den staatlichen Behörden schlampige Arbeit."

Der Artikel von Thorsten Jungholt ist sehr empfehlenswert! Eigentlich auch für Herrn Döpfner ...

[↩ ANTWORTEN](#) [📄 LINK](#) [⚠ MELDEN](#) [❤ 150](#)

TK Tante Käthe

vor 20 Stunden

Wenn die "Falschen" so oft das "Richtige" sagen, sind es dann noch die "Falschen"? Oder sind die "Richtigen" dann die "Falschen", denn sie sagen ja offenbar nicht das "Richtige"?

[↩ ANTWORTEN](#) [📄 LINK](#) [⚠ MELDEN](#) [❤ 149](#)

[ANTWORT AUSBLENDEN](#) ^

BJ Barbara J.

vor 20 Stunden

Sehr philosophisch 😊, aber absolut richtig.

[↩ ANTWORTEN](#) [📄 LINK](#) [⚠ MELDEN](#) [❤ 13](#)

MS Mathias S.

vor 19 Stunden

Und was wollten Sie damit jetzt eigentlich genau sagen?
Sie sprechen doch genau die Gründe für den Erfolg der AfD an! Sie drücken sich zwar etwas, ich sage mal, gewählter aus aber am Ende sagen sie genauso, dass die anderen Parteien eine Soße sind, die nichts auf die Kette bringt, ohne Ende Fehler macht und letztlich für sich, aber an der Bevölkerung vorbei regiert.

Also was ist jetzt ihr Problem?

[↩ ANTWORTEN](#) [📄 LINK](#) [⚠ MELDEN](#) [❤ 149](#)

[ANTWORTEN AUSBLENDEN](#) ^

HS Hans Peter S.

vor 18 Stunden

Mathias S., die CDU soll endlich die Politik der AfD übernehmen.

[↩ ANTWORTEN](#) [📄 LINK](#) [⚠ MELDEN](#) [❤ 17](#)

[1 WEITERE ANTWORT EINBLENDEN](#) v

E Eingeborener

vor 9 Stunden

Die Veränderung Deutschlands durch die Ampel machen mir deutlich mehr Angst. Es kann mit der AfD nur besser werden. Was ist an Volksabstimmungen nach schweizer Vorbild so beängstigend. Wahrscheinlich dass die Regierung für Deutschland vorteilhafte Maßnahmen durchziehen müsste.

 [ANTWORTEN](#)  [LINK](#)  [MELDEN](#)  149

[ANTWORT AUSBLENDEN](#) ^

RE **Rebellion Extinction**

vor 8 Stunden

“Wahrscheinlich dass die Regierung für Deutschland vorteilhafte Maßnahmen durchziehen müsste.”

Da sei die “Ampel” vor!

 [ANTWORTEN](#)  [LINK](#)  [MELDEN](#)  2

RH **Rudolph H.**

vor 20 Stunden

Nur die AfD kann uns noch retten.

 [ANTWORTEN](#)  [LINK](#)  [MELDEN](#)  148

[ANTWORTEN AUSBLENDEN](#) ^

OF **Oliver F.**

vor 20 Stunden

Das hat ja vor 80 Jahren schon mal gut geklappt.

 [ANTWORTEN](#)  [LINK](#)  [MELDEN](#)  9

[10 WEITERE ANTWORTEN EINBLENDEN](#) v

HS **Hubert S.**

vor 16 Stunden

Er benennt eine Menge Schwachstellen der Politik, die auch jeweils von der AfD benannt werden, aber er wagt es nicht, die Schuldigen zu nennen. Warum die EU Kritik der AfD jeweils schlimm sein soll, die der Linken, die bekanntlich den Kapitalismus gänzlich abschaffen wollen, aber eben nicht, bezeugt die Hasenfüße des Autors. Ansonsten schwache Argumente.

 [ANTWORTEN](#)  [LINK](#)  [MELDEN](#)  148

AS **Andreas S.**

vor 13 Stunden

Die AfD spricht also Teilen der Bevölkerung oder Menschheit Menschenrechte ab? Welche? Ist das im Programm der AfD nachzulesen? Gibt es dazu sonstige Nachweise?

Der Verf.schutz ist eine politische Behörde und untersteht der Innenministerin. Nicht erst seit Herr Dr. Maassen (CDU) dort aktenkundig ist, hat sich diese Behörde als williger Vollstrecker

bewiesen.

 ANTWORTEN  LINK  MELDEN  147

M MermaidMH

vor 20 Stunden

In vielen Punkten absolute Zustimmung.
Und jetzt bitte im eigenen Haus anfangen. Und nicht nur ein bisschen,
sondern umfassend.

 ANTWORTEN  LINK  MELDEN  143

ANTWORTEN AUSBLENDEN 

EL Eberhard L.

vor 20 Stunden

unliebsame Posts werden hier gnadenlos unterbunden, weil diese Meinung, obwohl sie nicht gegen die Netiquette verstößt, hier ungern gesehen wird. Ich weiß ein Lied davon zu singen, über 100 wurden zensiert, viele andere erst mit großer Verzögerung veröffentlicht, wenn niemand den Artikel mehr liest. Ich habe die Hoffnung hier auf freie Meinungsäußerung aufgegeben.

 ANTWORTEN  LINK  MELDEN  11

1 WEITERE ANTWORT EINBLENDEN 

BB B. O. Bachter

vor 16 Stunden

Wissen Sie, wie der Zaubersatz lautet, der sofort der AfD einen Großteil der Wähler wieder abjagen würde:

"Wir stellen ab sofort die deutsche Bevölkerung in den Mittelpunkt unserer Politik und Gesetzgebung!"

Ich korrigiere mich: Ganz so einfach wird es für die etablierten Parteien dann doch nicht, da durch die ständigen Lügereien vor den letzten Wahlen diese radikal an Glaubwürdigkeit verloren haben.

Ein guter Ansatz wäre es aber zumindest in diesem Zusammenhang bereits jetzt mit einer bevölkerungszentrierten Politik zu beginnen. Das stärkt die Glaubwürdigkeit ungemein:

Grenzen kontrollieren, Gesetze konsequent anwenden (z. B. Dublin-Verfahren), auf Gebäudeenergiegesetz und Selbstbestimmungsgesetz verzichten, wäre schon mal ein guter Anfang.

Aber was geschieht: Politik wird weiter am Großteil der deutschen Bevölkerung vorbei gemacht.

Und deshalb wird, so prognostiziere ich, die AfD - trotz oder sogar wegen zahlreicher Haltungsartikel wie der vorliegende - weiter an Zustimmung zulegen.

AS **Alexander S.**

vor 13 Stunden

Einiges an Selbstkritik immerhin, trotzdem aber nach kurzer Überlegung "Daumen runter" für Herrn Dr. Döpfners Beitrag.

"Mögen täte er schon wollen, nur dürfen hatte er sich nicht getraut." - um Karl Valentin, wenn ich mich recht entsinne, zu persiflieren.

Praktisch alles, was er der AfD wörtlich ankreidet, haben andere so oder ähnlich schon lange vorher gesagt. "Kopftuchmädchen" kenne ich von Sarrazin, "Schandmal" vom alten Augstein, und "entsorgt" wurde irgendeiner in den 80ern und 90ern doch alle Nase lang in Medien und Politik.

Und wen interessiert, warum in praktisch jedem Bericht über die AfD die Bewertung des Thüringer Landesverbandes als "gesichert rechtsextremistisch" o.ä. durch den Verfassungsschutz leiergleich wiederholt, aber niemals ein Beispiel genannt wird, auf welche Weise der VS in Thüringen zu dem Urteil kommt, dem sei der Artikel auf der "Achse des Guten" von Felix Perrefort empfohlen: >>>Was ist „gesichert rechtsextrem“?<<< vom 27.7.2023.

Spoiler: Die haben de facto gar nichts. Perrefort zeigt an mehreren Beispielen die "Umdeutung von Lapidarem zu Verfassungsfeindlichem" durch den VS auf, wie er es nennt. Der 14-seitige Text des VS ist im Artikel übrigens verlinkt. Jede(r) kann sich selbst ein Bild machen. Sehr lesenswert, wie ich finde.

ANTWORT AUSBLENDEN ^

JS **John S.**

vor 12 Stunden

Das braucht keiner zu lesen, das der VS das macht was die Regierung sagt ist doch fast jedem bekannt.

RL **Regina L.**

vor 16 Stunden

Sie schreiben von "gutem Journalismus" sind aber nicht bereit ein Interview mit Frau Weidel zu führen?

Das ist kein guter Journalismus!

Es belustigt mich mittlerweile, hier zu lesen mit welchen Argumenten gegen die AfD geschrieben wird.

Sie stellen ein Verbot in den Raum (als "letzte Möglichkeit") und erwarten WAS genau als Reaktion? Das darüber nachgedacht wird?

Gegen demokratische Prozesse?

ANTWORT AUSBLENDEN ^

IF Ingo F.

vor 16 Stunden

Die größte Angst der Politiker ist doch gar nicht, dass die AfD in eine Regierung eintreten könnte, sondern, dass diese Regierung dann erfolgreicher sein könnte als all die angegrünten Regierungen. Z.B. in der Bildungspolitik. Der totale Horror für alle, die gerade ein linkes Gesellschaftsmodell anstreben.

 **ANTWORTEN**  **LINK**  **MELDEN**  96

F Frosch

vor 14 Stunden

Ich bleibe dabei. Ohne die AfD geht es derzeit nicht.

 **ANTWORTEN**  **LINK**  **MELDEN**  140

ANTWORTEN AUSBLENDEN ^

BK Benedikt K.

vor 13 Stunden

Auf die Argumente im Kommentar gehen Sie sicherlich gleich noch näher ein

 **ANTWORTEN**  **LINK**  **MELDEN**  3

1 WEITERE ANTWORT EINBLENDEN v

F Fritzbox

vor 19 Stunden

Wir haben zu viele Studienabbrecher und Quotenqueens in der Politik. Die meinen alles besser wissen zu müssen. Haben aber keinerlei Kompetenz und Fachwissen. In der freien Wirtschaft würden die wahrscheinlich verhungern.
Wo uns das hinführt sieht man ja jetzt!

 **ANTWORTEN**  **LINK**  **MELDEN**  137

ANTWORTEN AUSBLENDEN ^

F Fritzbox

vor 19 Stunden

@ Bendikt

Ich habe über 20 Jahre bei uns im Gemeinderat als Ratsherr meine Freizeit geopfert. Also Ihre Vorurteile können Sie sich sparen!

 **ANTWORTEN**  **LINK**  **MELDEN**  54

1 WEITERE ANTWORT EINBLENDEN v

EM Erich M.

vor 17 Stunden

Im Stigmatisieren der AfD ist sich die journalistische Elite immer einig, mag ja auch sein, dass einige Exponenten der Partei nicht ganz koscher sind. Nur Haldenwang und die Verfassungsschutzämter dafür als Beleg anzuführen, überzeugt nicht. Das sind politische Mitarbeiter, die parteipolitische Anweisungen befolgen und sich ein demokratisches Mäntelchen umhängen. Im Grunde bleibt der Masse gar nichts anderes übrig als AfD zu wählen, wenn sie unzufrieden ist und in diesem Lande tatsächlich was zum Besseren wenden will. Die Medien haben jedenfalls versagt und Besserung ist nicht in Sicht.

 **ANTWORTEN**  **LINK**  **MELDEN**  137

ANTWORTEN AUSBLENDEN 

WF **Wicked Fly**

vor 16 Stunden

Sehr gut Erich, 100% Zustimmung.
Hab auch lange nicht verstanden, warum die Medien nicht mehr kritisch berichten, bis Herr Markwort erklärt hat, aus welchem Lager die Medienleute kommen.
Eigentlich keine objektive Berichterstattung mehr sondern nur noch Meinungen.

 **ANTWORTEN**  **LINK**  **MELDEN**  57

1 WEITERE ANTWORT EINBLENDEN 

F **Fernando**

vor 14 Stunden

“Das Problem ist nur: Die AfD ist keine normale demokratische Partei”
- Warum und woher diese Aussage ??

 **ANTWORTEN**  **LINK**  **MELDEN**  135

ANTWORTEN AUSBLENDEN 

FS **Frank S.**

vor 14 Stunden

Das wird in den Absätzen, die auf diese Aussage folgen, ausführlich erläutert und begründet.

 **ANTWORTEN**  **LINK**  **MELDEN**  13

1 WEITERE ANTWORT EINBLENDEN 

AD **Andreas D.**

vor 14 Stunden

Ein Land radikalisiert sich als Folge der radikalen Umgestaltung. Diese führt nicht die Partei AfD durch. Leider zu den verantwortlichen Parteien kein Wort. Dies zeigt das eigentliche Problem.

 **ANTWORTEN**  **LINK**  **MELDEN**  135

CF **Christian F.**

vor 9 Stunden

Die AfD ist unsere letzte Hoffnung,,so einfach ist das!!!

[ANTWORTEN](#) [LINK](#) [MELDEN](#)  135

ANTWORTEN AUSBLENDEN ^

FH Frank H.

vor 9 Stunden

Wenn die AfD deren politischen Claqueure unsere letzte Hoffnung sind, dann sind die Klima-Kleber es such. Auf beide Hoffnungsträger kann ich verzichten. Was nicht heisst, dass sich in der Einstellung und Selbstgefälligkeit der Etablierten schnellstens etwas ändern muss.

[ANTWORTEN](#) [LINK](#) [MELDEN](#)  14

4 WEITERE ANTWORTEN EINBLENDEN v

TO Thomas O.

vor 20 Stunden

Der starke Zulauf zur AfD entsteht imho auch dadurch, dass die CDU (und in kleinerem Maßstab auch die CSU) in der Ära Merkel weitestgehend konservative und rechte Positionen aufgegeben hat. Wenn man nur noch die Wahl zwischen lauter linken und einer rechten Partei hat und im Herzen aber bürgerlich-konservativ ist, findet man sich im deutschen Parteienspektrum praktisch nicht wieder. Die CDU muss, um bei den Wählern wieder Erfolg zu haben, endlich die Merkel-Ära abstreifen und die vielen Fehlentscheidungen und Fehlentwicklungen auch zugeben.

[ANTWORTEN](#) [LINK](#) [MELDEN](#)  134

ANTWORTEN AUSBLENDEN ^

BJ Barbara J.

vor 20 Stunden

Ich bin bürgerlich - konservativ und finde mich nur im Parteiprogramm der AfD wieder.

[ANTWORTEN](#) [LINK](#) [MELDEN](#)  79

2 WEITERE ANTWORTEN EINBLENDEN v

DA Der Altmärker

vor 19 Stunden

Die allgemeine Analyse des Autors stimmt, bis auf einen Punkt. Alles was er über die AfD schreibt ist falsch. Leider kann er seine persönliche, subjektive und schlechte Meinung über die AfD nicht verbergen. Damit diskreditiert er sich selbst.

[ANTWORTEN](#) [LINK](#) [MELDEN](#)  132

ANTWORTEN AUSBLENDEN ^

I Iris I.

vor 19 Stunden

Nur bei AfD-Wählern: bei der Mehrheit mit Sicherheit gibt es Zustimmung!

 [ANTWORTEN](#)  [LINK](#)  [MELDEN](#)  7

2 WEITERE ANTWORTEN EINBLENDEN 

G **GebenUndNehmen**

vor 14 Stunden

Ich denke, dass der rapide Abstieg etwas damit zu tun hat, dass wir bei fast allen Themen viel zu sehr linken und grünen Lösungsansätzen folgen.

Wenn wir damit aufhören, kann sich Deutschland wieder positiv entwickeln.

 [ANTWORTEN](#)  [LINK](#)  [MELDEN](#)  132

ANTWORT AUSBLENDEN 

PM **Peter M.**

vor 13 Stunden

"...viel zu sehr linken und grünen Lösungsansätzen folgen." Ja genau. Und was müssen wir tun, um von den linken und grünen Lösungsansätzen weg zu kommen? Richtig, genau das (Sie wissen schon, was ich meine).

 [ANTWORTEN](#)  [LINK](#)  [MELDEN](#)  9

FO **Fabian O.**

vor 6 Stunden

Zur Analyse gehört auch die Rolle Merkels und ihrer CDU. Dadurch, dass sie vielen Konservativen ihre Heimat genommen hat und sich ihre Politik nicht wesentlich von der der Grünen und Roten unterschied, konnte überhaupt erst eine Partei rechts der CDU stark werden. Aber Merkel wusste es besser als Adenauer, Kohl und Strauß. Und bis heute wird sie wie eine Heilige geehrt und mit Kritik verschont.

 [ANTWORTEN](#)  [LINK](#)  [MELDEN](#)  129

RH **Rainer H.**

vor 19 Stunden

Würde es eine konservative Partei geben, würde es keine AfD geben. Sie ist das Refugium für konservative Wähler, die keine Heimat mehr haben.

Es ist total überzogen, auf die Opposition einzudreschen. Die Regierung kann doch die Politik ändern und nicht die Opposition! Will sie aber nicht.

 [ANTWORTEN](#)  [LINK](#)  [MELDEN](#)  125

HK **Horst K.**

vor 17 Stunden

Wer Haldenwang als Kronzeugen bemüht , hat die Kontrolle über sein Leben verloren .

 ANTWORTEN  LINK  MELDEN  125

ANTWORT AUSBLENDEN ^

 **Hansjörg P.**

vor 17 Stunden

Das muss er machen, verstehen Sie?

 ANTWORTEN  LINK  MELDEN  10

 **Lorenz S.**

vor 16 Stunden

Was für ein schwacher Artikel. Die Analyse geht an der Realität größtenteils vorbei!

 ANTWORTEN  LINK  MELDEN  125

ANTWORT AUSBLENDEN ^

 **Ruediger S.**

vor 16 Stunden

Sehe ich absolut genauso! Die meiste Energie verwendet Herr Döpfner, um die AFD zu diskreditieren! Nichts analytisches und nicht zu vergleichen mit der mega@artikel von Herrn reitzle

 ANTWORTEN  LINK  MELDEN  79

 **Josephine W.**

vor 20 Stunden

Die CDU/CSU hat es doch in der Hand: endlich klare Kante, echte konservative Politik und eine Brandmauer gegen Grün statt sich von Leuten vor sich hertreiben zu lassen, die eh keine CDU wählen.

 ANTWORTEN  LINK  MELDEN  123

ANTWORTEN AUSBLENDEN ^

 **OlafSch**

vor 20 Stunden

die Union benimmt sich immer noch als wenn sie Teil der Regierung wären

 ANTWORTEN  LINK  MELDEN  62

3 WEITERE ANTWORTEN EINBLENDEN v

 **Tobias**

vor 14 Stunden

Auch dieser Artikel befasst sich zu ca. 50% damit, zu erklären, warum man die AfD nicht wählen darf. Was dazu gelernt? Nein! Der restliche Teil ist zumindest etwas selbstkritisch, aber beschreibt nichts anderes,

wie es die AfD seit langer Zeit tut. Was wieder einmal fehlt, ist das WIE und WAS. Nicht eine Debatte löst das Problem, Fakten sind gefragt.

[ANTWORTEN](#) [LINK](#) [MELDEN](#) [122](#)

ANTWORT AUSBLENDEN ^

RL Robert L.

vor 14 Stunden

Ja vor allem sagt er nicht was man tun soll, den dafür gibts keine Lösung.

[ANTWORTEN](#) [LINK](#) [MELDEN](#) [10](#)

CF Cpt. Future

vor 11 Stunden

Das Allermeiste ist richtig. Trotzdem wähle ich AfD.

[ANTWORTEN](#) [LINK](#) [MELDEN](#) [121](#)

ANTWORTEN AUSBLENDEN ^

RK Richardt K.

vor 10 Stunden

Glückwunsch. Sie wählen eine Partei, die absolut kein Problem damit hat, Rechtsextremisten (im schlimmsten Sinne des Wortes) in ihren Reihen zu dulden.

Zumal: Jede Stimme für die AfD ist letztlich eine Stimme für Robert Habeck und Annalena Baerbock.

[ANTWORTEN](#) [LINK](#) [MELDEN](#) [3](#)

2 WEITERE ANTWORTEN EINBLENDEN v

RG robert G.

vor 20 Stunden

Wenn bei einem mehrjährigen Verdachtsfall nicht greifbares herauskommt, ausser der Verdacht, wirkt der immerwieder lautstarke Hinweis darauf langsam unglaubwürdig und weit überzogen.

[ANTWORTEN](#) [LINK](#) [MELDEN](#) [120](#)

AM A. W. Mann

vor 18 Stunden

Frau Merkel hat die Deutschlandfahne in die Ecke geworfen! Das hatte leider auch Symbolcharakter. Es wäre Staatsoberhäuptern in Frankreich, in Großbritannien, in den USA und in vielen weiteren demokratischen Staaten niemals passiert! Damit hat die gute Dame die Rechtsextremen gestärkt!

[ANTWORTEN](#) [LINK](#) [MELDEN](#) [119](#)

ANTWORT AUSBLENDEN ^

US

Uwe S.

vor 16 Stunden

Wenn ein amerikanische Präsident in aller Öffentlichkeit die amerikanische Fahne verächtlich in die Ecke werfen würden, was glauben Sie, wie lang der noch im Amt verweilen würde?

[ANTWORTEN](#) [LINK](#) [MELDEN](#)  21

RR

Rüdiger R.

vor 13 Stunden

Herr Döpfner, mir fehlt hier eine Definition des Begriffes "Rechtsextremismus" für das Jahr 2023. Dann könnte jeder daraus seine Schlüsse ziehen.

[ANTWORTEN](#) [LINK](#) [MELDEN](#)  119

SG

Stefan G.

vor 20 Stunden

„Zu Beginn könnte eine ehrliche Debatte über eine neue, bessere Politik und einen neuen, besseren Journalismus nötig sein, an der sich auch Vertreter der Wirtschaft und der Wissenschaft und Künstler beteiligen.“

Eine Debatte mit Vertretern aus Journalimus, Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Künstlern, die auch noch „ehrlich“ sein wird? Das wird die Bürger und insbesondere AfD-Wähler sicher überzeugen. Es ist nun mal offensichtlich so, dass GroKo- und Ampelparteien bei den Top-3-Themen der Bürger nichts anders machen werden als bisher. Einzige Änderung: sie wollen ihre Politik „besser kommunizieren“ und „die Menschen mitnehmen“. Wer eine andere Politik will muss also andere Parteien wählen.

[ANTWORTEN](#) [LINK](#) [MELDEN](#)  118

ANTWORT AUSBLENDEN ^

AA

Andrea A.

vor 20 Stunden

Besonders, da diese sog. Debatte schon in dem eingegengten Debattenraum stattfinden würde, den wir aus den Talkshows bei den Öffentlich-Rechtlichen kennen. Gerede gibt es schon genug, die Handlungen müssen sich ändern, und zwar schnell.

[ANTWORTEN](#) [LINK](#) [MELDEN](#)  26

HM

Hans-Günther M.

vor 20 Stunden

Ich habe keine Angst ... ich bin zornig.

[ANTWORTEN](#) [LINK](#) [MELDEN](#)  118

HH

Hans H.

vor 11 Stunden

Nun, Herr Döpfner, dann fangen Sie am besten im eigenen Hause an.
Ein garnicht so kleiner Teil Ihrer Kollegen kann das schon ganz gut mit der neutralen Berichterstattung, die meisten könnten wenn Sie wollten und nur bei einigen wenigen Schreibern ist Hopfen und Malz verloren.
Ich wünsch jedenfalls Gutes Gelingen.

 **ANTWORTEN**  **LINK**  **MELDEN**  118

ANTWORT AUSBLENDEN 

N

NoName

vor 10 Stunden

@ Hans H.

Unterschreibe ich! Mit der Ergänzung: lernen, auch mal kritische Stimmen zu überdenken. Da haben manche Probleme.

 **ANTWORTEN**  **LINK**  **MELDEN**  25

HH

Horst H.

vor 20 Stunden

Für die meisten Deutschen sind unkontrollierte Einwanderung ein wichtiges Thema, für Energielastige Unternehmen der hohe Strompreis. Beides wird von der Regierung nicht wirklich in Angriff genommen, das hilft der AFD zu ihrem Aufstieg, die als zweitstärkste Partei zur Volkspartei geworden ist. Mit dieser Regierung und dem fortwährenden und ausufernden Streit von Grünen und FDP ist keine vernünftige Politik zu erwarten, die niedrig gewordene Zustimmung für Rot und Grün ist daher verständlich.

 **ANTWORTEN**  **LINK**  **MELDEN**  117

M

M.K.

vor 20 Stunden

Kann mir einer einmal die Aufgabe des Verfassungsschutzes erklären? Es ist doch so: Die Verfassung ist nicht in Stein gemeißelt. Sie wird regelmäßig ergänzt und auch geändert. Ist also nun derjenige, der einzelne Passagen in der Verfassung geändert haben will, ein Verfassungsfeind? Mich stört z.B., dass 1994 geändert wurde, dass das Eigentum nicht mehr unantastbar ist, sondern dass jederzeit enteignet werden kann, solange das im Sinne der Allgemeinheit ist. De facto bedeutet das doch, man könnte mich jederzeit aus meinem Haus rausschmeißen, wenn dort ein Kindergarten eine Schule oder ein Behörde einziehen möchte.
Das zur Erklärung. Was genau kritisiert man an der Afd? Was genau ist „verfassungsfeindlich“?

 **ANTWORTEN**  **LINK**  **MELDEN**  114

ANTWORTEN AUSBLENDEN 

TF

Tobias F.

vor 19 Stunden

Steht doch sogar im Artikel: Teile der Afd legen Art. 1 GG völkisch/ethnisch aus, die Verfassung garantiert aber die

Unantastbarkeit Würde aller Menschen.

[ANTWORTEN](#) [LINK](#) [MELDEN](#) [0](#)

2 WEITERE ANTWORTEN EINBLENDEN 



Marc H.

vor 20 Stunden

Die AFD wird nicht wegen ihres Programms gewählt, sondern wegen dem Einheitsprogramm der Rot-Grün-Etablierten. Der rot-grüne Wahn, der m.E. Deutschland zugrunde richtet, ist auf die eine oder andere Weise in allen Bundestagsfraktionen vorhanden, außer bei der AFD. Das, und sonst nichts, ist das Problem. In die Merkel-CDU (das ist die Union trotz Merz immer noch) würden sich Adenauer, Erhard, Kiesinger, Barzel, Strauß und Kohl vollkommen fremd fühlen. Und deren Wähler eben auch.

[ANTWORTEN](#) [LINK](#) [MELDEN](#) [113](#)

ANTWORTEN AUSBLENDEN 



Marc H.

vor 20 Stunden

Soll heißen: "In der Merkel-CDU"...

[ANTWORTEN](#) [LINK](#) [MELDEN](#) [18](#)

6 WEITERE ANTWORTEN EINBLENDEN 



Armin B.

vor 9 Stunden

Fast alle Kommentare sprechen für sich... Die Redakteure der Welt sollten Ihre Argumentation gegenüber der AFD überdenken. Warum nicht auf Inhalte eingehen und nicht über diese Partei sprechen sonder mit ihr?

[ANTWORTEN](#) [LINK](#) [MELDEN](#) [113](#)



ante r.

vor 8 Stunden

Schon seit Langem sehe ich den Abstieg Deutschlands. Man muss nur durch die Innenstädte laufen, den ÖPNV nutzen oder einfach mal den Leuten zuhören über was sie sich unterhalten. Einfach nur gruselig. Das war mein Gedanke vor etwa zwanzig Jahren. Stand heute? Katastrophe!

[ANTWORTEN](#) [LINK](#) [MELDEN](#) [113](#)

WELT

[IMPRESSUM](#)

[DATENSCHUTZ](#)

[AGB](#)

[KONTAKT](#)

[FEEDBACK](#)

[PRIVATSPHÄRE](#)

[WIDERRUF TRACKING](#)

[WIDERRUF NUTZERKENNUNGEN](#)

[KARRIERE](#)

[JUGENDSCHUTZ](#)

[WELTplus](#)

[Abo kündigen](#)

[Newsletter](#)

[FAQ](#)

[WELT-photo Syndication](#)

WIR IM NETZ

[Facebook](#)

[Twitter](#)

[Instagram](#)

UNSERE APPS

[WELT News](#)

[WELT Edition](#)